

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktion:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Telephon: Axel Döschel 4196/4198



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin S 23 61, Delft-Allee, Platz 5  
Druckerschrift: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Druckverfahren, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. April 1930

Der nächste Krieg.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

Betrachtungen der amerikanischen Presse zur Londoner Flottenkonferenz.

SPD. Washington, im April (Eig. Ber.)

Londoner Konferenz, Flottenabrüstung, Paritätsfragen, Kreuzertonnage, ewiger Friede, französische Sicherheitsforderungen, Konsulativpakt: Ein Blumenstrauss, aus dem sich die amerikanische Presse tagtäglich die saftigste Blüte aussucht und in spaltenlanger Riesenaufmachung durchhechelt. Dabei wird nach dem Muster amerikanischer Berichterstattung so ziemlich jeder Auffassung Gelegenheit geboten zu Worte zu kommen. Man muss der amerikanischen Presse zugestehen, dass sie sich trotz allem offiziellen Enthusiasmus und begeisterter Friedensgesänge der Regierungskreise ihr eigenes Lied auf eine hoffnungslos verlorene Sache zu machen versteht und ihrer Skepsis an den Konferenzmöglichkeiten lauten und deutlichen Ausdruck verleiht. Die Früh-, Mittag- und Abendblätter sind voll von Karikaturen und bissigen Bemerkungen über die Konferenzteilnehmer und ihre verschieden abgetönten Friedensschalmeien. Kritiken, die sich nur dem Grade, nicht aber der Einstellung nach voneinander unterscheiden. Nur aus einer Handvoll linksliberaler Blätter und Zeitschriften klingt eine ehrliche Friedensnote heraus, aber auch da weiss man, dass den Londoner Verhandlungen im besten Falle nur die Bedeutung eines gefährlichen Selbstbetruges zukommt.

Dafür sind die führenden Finanzzeitungen und schwerindustriellen Zeitschriften um so deutlicher und geben sich nicht einmal die Mühe, das lauter denn je betriebene Geschrei nach Aufrüstung mit verführerischen Friedensphrasen zuzudecken. Warum sich auch mit derlei vagen Ideen von allgemeiner Abrüstung und Sicherstellung des Weltfriedens beschäftigen, wenn die Frage des nächsten Krieges, nach den Worten der führenden Industriezeitschrift "Chemical Industry" nur von dem allein möglichen Standpunkte der praktischen Vorbereitung und weit-schauenden Aufrüstung behandelt werden kann. Aber bei dieser nüchternen Feststellung bleibt das Sprachrohr der chemischen Industrien Amerikas nicht etwa stehen. Wir müssen - so fährt die Zeitschrift fort - in Betracht ziehen, dass der nächste Krieg nur von dem Lande gewonnen werden kann, das sich beizeiten nicht nur mit den verheerenden und tödlichen Kriegswerkzeugen versieht, sondern auch die für die nächste Weltkatastrophe benötigten Mengen dieser Vernichtungsmaschinen zur sofortigen Verfügung hat.

Ein Bekenntnis, das in seiner offenen brutalen Sprache in den amerikanischen Industrie- und Handelskreisen nicht etwa vereinzelt dasteht. In dem offiziellen Organ der Bundes-Handelskammer der Vereinigten Staaten, der Monatszeitschrift "Nation's Business", erscheint eine Artikelserie unter dem schönen Namen: "Wer gewinnt den nächsten Krieg?" Die Beantwortung der Frage liegt für die kriegsdurstigen Handelskammermitglieder auf der Hand. Natürlich diejenige Macht, die ihre Industrien sofort auf Kriegsbedarf umstellen und damit im denkbar kürzesten Zeitraum die denkbar grösste Menge von Kriegsmaterialien, Bomben,

Gasen, usw. herstellen kann.

Auch hier ist der Wunsch nur der Vater des Gedankens. Gleichzeitig wird der breiten Öffentlichkeit ein genau ausgearbeiteter Plan zur "Mobilisierung der amerikanischen Industrien" vorgelegt, wobei der unwissende Leser erfährt, dass dieser Plan ein Teil einer Gesetzesvorlage ist, die bereits den beiden Häusern des Bundeskongresses zugegangen ist. Es ist sicherlich nicht ohne Interesse, hinzuzufügen, dass die Vorlage die offizielle Billigung der allerhöchsten Arme- und Flottenbundesbehörden erhielt und jetzt in der Militärkommission des Abgeordnetenhauses Gegenstand ernsthafter Erörterungen ist. Nach diesem Plane soll die Mobilisierung der amerikanischen Industrien auf volle Kriegsstärke im denkbar kürzesten Zeitraume durchgeführt werden können und das Bundes- Kriegsministerium ermächtigt sein, "erzieherische" Munitionsaufträge für den Kriegsbedarf zu vergeben. Diese Spezialaufträge für den Kriegsbedarf setzen natürlich voraus, dass die Unternehmer ihre friedlichen Werke schon jetzt indirekt auf Munitions- und Kriegswerke umstellen können. Um diese Umstellung und Vorbereitung gewissermassen behördlich zu finanzieren, sollen für die Dauer von fünf Jahren 5 000 000 Dollar zur Verfügung gestellt werden. Nicht genug damit, dass die Unternehmen im Kriegsfall mit ungeheuren Profiten rechnen können, sollen sie schon jetzt das Geld des amerikanischen Steuerzahlers zu Vorbereitungsarbeiten erhalten. Es ist zu hoffen, dass trotz dem Chauvinismus der Militärbehörden das Bundesparlament genügend Vernunft besitzen wird, um die Vorlage dahin weiterzuleiten, wo sie hingehört, nämlich in den Papierkorb.

Um was es für die amerikanische Öffentlichkeit jedoch in erster Linie geht, sind nicht die Finanzfragen. Die Erörterung von Kriegsproblemen in den verantwortlichen Organen der Finanz- und Industriegruppen zeigt mit aller Schärfe, dass man in diesen Kreisen mit dem nächsten Krieg als mit einer schon heute feststehenden Tatsache rechnet. Praktisch wie diese Herren nun einmal sind, nehmen sie bereits zu den morgigen Aufgaben Stellung. Während sich die diplomatischen Instrumente dieser selben Gesellschaftsordnung die Köpfe auf den Friedenskonferenzen zerbrechen und um die Aufstellung immer neuer Papierverträge bemüht sind, sind die Vertreter der Wirtschaft eifrig dabei, Mars wiederum zu unbeschränkter Herrschaft auf dem Erdenrund zu verhelfen. Und da hat man gemeint, dass mit der Blossstellung des Aufrüstungs- und Flottenagenten Shearer ein kleiner Schritt zum Frieden getan worden war. Weit gefehlt, seine ehemaligen Auftragsgeber propagieren nicht, sie handeln!

---

SPD. Die Haltung der Regierung Brüning zu dem Panzerkreuzerbeschluss des Reichsrats stösst in fast allen Schichten des Zentrums, vor allem aber in der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf hartnäckigen Widerstand. Man rechnet deshalb in massgebenden Zentrumskreisen damit, dass die Reichstagsfraktion des Zentrums z.Zt. jede Rate für den Bau des Panzerkreuzers B ablehnen wird. Damit würde der dem Zentrumskanzler Brüning - nach Herrn Groener - so "sympathische Beschluss" des Reichsrats im Reichstag unbedingt fallen.

Es ist bemerkenswert, dass selbst die auf dem rechten Flügel des Zentrums stehende Presse sich gegen den Bau des Panzerkreuzers B wendet. So schreibt z. B. die Dortmunder "Tremonia": "Unserer Ansicht nach ist zum Schutze Ostpreussens jetzt und auf eine Reihe von Jahren hinaus wirtschaftliche Hilfe und kein Panzerkreuzer notwendig... Der in der Kabinettsitzung gefasste Beschluss lautet leider auf Verzicht auf Doppelvorlage. Das Kabinett, in dem bekanntlich Zentrum und Demokraten von zwölf Ministern fünf stellen, hat sich also den Reichsratsbeschluss zu eigen gemacht. Das ist im höchsten Masse zu bedauern. Mit Sparen, Einschränken und Steuersenkung ist ein neuer Panzerschiffbau, für den es zum jetzigen Zeitpunkt keine vernünftige Begründung gibt, nicht zu vereinbaren. Wenn einmal unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich gebessert haben, wenn der Steuerdruck nicht mehr so ungeheuer stark ist wie jetzt, wenn

von einer sozialen Notlage breiter Bevölkerungskreise nicht mehr gesprochen werden kann, dann möge man die Kriegsflotte erneuern. Aber jetzt ist nicht die Zeit dafür da. Und ein schwerer psychologischer Fehler ist es, da eine wenn auch nur geringe Summe als Anerkennungsgebühr zu fordern. Bei den letzten Entscheidungen im Reichstag hat die Reichsregierung zum Teil mit nur vier und fünf Stimmen die Mehrheit erhalten. Glaubt sie jetzt noch mehr Stimmen von der Rechten erhalten zu können? Wir sind der Meinung, dass mit dem neuen Panzerkreuzer doch für das Zentrum und die Demokraten der Bogen überspannt wird."

SPD. Bukarest, 19. April (Eig. Drahtb.)

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend brannte in der rumänischen Gemeinde Costeshti im Bezirk Argesch eine 100 Jahre alte hölzerne Dorfkirche nieder. Der Brand entstand, als die Kirche zu einem Mitternachtsgottesdienst voll besetzt war. Mehr als 100 Menschen, in der Mehrzahl Kinder, fielen den Flammen zum Opfer. Retten konnten sich nur 3 Kirchenbesucher.

Das Feuer entstand in dem Kerzenkronleuchter der Holzkirche und griff ausserordentlich schnell um sich. In wenigen Minuten war das ganze Kirchenschiff in eine undurchdringliche Rauchwolke gehüllt. Schliesslich fingen auch das Holzdach und die Holzwände Feuer. Der Kirchenbesucher bemächtigte sich eine ungeheure Panik. Alles drängte zu den Kirchentüren, die sich nach innen öffneten, aber durch die anstürmenden Menschen wieder zugeedrückt wurden. Bald nach der Entstehung des Brandes stürzten zu allem Unglück die Decke der Kirche und ihre Seitenwände ein, sodass es für die in der Kirche befindlichen Menschen weder ein Ein noch Aus gab und die Insassen bei lebendigem Leide unter furchtbaren Qualen verbrannten. Die erste Hilfe traf erst ein, als nichts mehr zu retten war.

Unter den Toten befinden sich zwei Pfarrer, der Bürgermeister von Costeshti und der Staatsanwalt des von dem Unglück heimgesuchten Gerichtsbezirkes. Ausserdem verbrannten zahlreiche Soldaten. In hunderten von Familien hat die Katastrophe endloses Unheil getragen. Zahlreiche Familien fielen den Flammen restlos zum Opfer, andere zählen zwei, drei und vier Angehörige unter den Toten. Die drei Geretteten der Katastrophe entkamen den Flammen, indem sie aus den Fenstern sprangen.

SPD. Das Berliner Zentrumsorgan, die "Germania" hat die Vierstimmigen-Mehrheit ihres Reichskanzlers im Reichstag als einen "Sieg der Staatspolitik" gefeiert. Das hat die volksparteiliche "Kölnische Zeitung" auf den Plan gerufen, um gegenüber dem Zentrumsorgan der Wahrheit die Ehre zu geben. Das Blatt stellt zunächst klipp und klar fest, dass von einem "Sieg der Staatspolitik" nicht im geringsten die Rede sein könne und fährt dann fort:

"Was das Schicksal der Regierungsvorlagen entschied, war etwas ganz anderes, nämlich: das persönliche Interesse mancher Mandatsinhaber, das partikularistische Interesse der Bayerischen Volkspartei, die wirtschaftlichen Interessen des Landbundes und der Wirtschaftspartei, das parteitaktische Interesse der Deutschnationalen. Nicht ein "Sieg der Staatspolitik" wurde erfochten, sondern ein Sieg der Interessenpolitik, nur mit andern Vorzeichen als wir es bisher gewohnt waren. Wenn zum Beispiel die Bayerische Volkspartei die sich ihre Bewährung als "verantwortungsbewusste, deutsche Staatspartei" teuer genug bezahlen liess, die Haltung ihrer Reichstagsfraktion einhmütig billigt und restlos anerkennt", wenn ihre parteiamtliche Korrespondenz erklärt, dass man auch vom bayerischen Standpunkt aus mit der gefundenen Lösung zufrieden sein" müsse, wenn die Ewigunzufriedenen auf einmal so zufrieden sind, dann ist das allerdings ein grosser Erfolg. Ob ihn aber ausgerech-

net die "Staatspolitik" zu buchen hat und nicht vielmehr die Parteipolitik, nämlich die auf Wiedervereinigung mit der Bayerischen Volkspartei bedachte Politik des Zentrums, das eben ist die Frage. Solcher Fragen gibt es noch viele, und weil es sie gibt, sollte es die Zentrumspresse vermeiden, eine mit Mühe und Not erzielte Mehrheit von vier bis sechs Stimmen als "Sieg der Staatspolitik" auszuposaunen und mit grossen Worten zu feiern, als ob wir nun wirklich den berühmten herrlichen Zeiten entgegengingen und "ein im Stahlbad der Hinführung zu höchster staatspolitischer Verantwortung verjüngter Parlamentarismus" schon in greifbarer Nähe stünde."

Es ist schon so: Aus Interessen- und Parteipolitik des Zentrums und anderer bürgerlicher Gruppen wurde die Grosse Koalition bewusst geschlagen. Wie schlimm aber muss es in Wirklichkeit um diese Interessen- und Parteipolitik bestellt sein, wenn selbst ein volksparteiliches Organ den Zuständen so offen, wie oben Ausdruck gibt?

SPD. Bielefeld, 18. April (Eig. Drahtb.)

In seiner Bielefelder Rede vor den Vertrauensleuten der Sozialdemokratischen Partei warf der frühere Reichsminister des Innern Severing u. a. auch einen Rückblick auf die Tätigkeit des Kabinetts Müller. Severing führte aus:

Als am 20. Mai 1928 die Wahlen mit einem Erfolg der Sozialdemokratie endeten, wurde in allen Teilen der Sozialdemokratie der Wunsch laut, die Schlussfolgerungen aus dem Rufe nach grösserer politischer Macht zu ziehen. Das konnte nur durch Teilnahme an der Regierung geschehen. Es hat damals schon Parteifreunde gegeben, die die Bedenken gegen eine Beteiligung an der Regierung erkannten. Es gehörte ja auch keine Prophetengabe dazu, zu sehen, dass mit 153 Mandaten keine politischen Bäume ausgerissen werden konnten. Die Reichsfinanzen befanden sich schon zu Beginn des Jahres 1928 in Unordnung, der Bürgerblock hatte abgewirtschaftet und es drohte ein riesiges Defizit. Alles deutete weiter darauf hin, dass wir uns auf der schiefen Ebene einer sinkenden wirtschaftlichen Konjunktur bewegten. Wir mussten verminderte Einnahmen und höhere Ausgaben erwarten. Die Lohnsteuersenkungen stellten beispielsweise für den einzelnen nicht einen grossen, jedermann in die Augen stechenden Erfolg dar. Doch machte sich das Fehlen der finanziellen Mittel, die durch sie dem Haushaltsplan entzogen wurden, recht unangenehm bemerkbar. Hätten wir 1928 selbst unter glänzenden Finanzverhältnissen 153 Mandate errungen, so hätte man uns kaum so emsig zu Mitarbeit und Mitverantwortung herangezogen. Einem Teil des Bürgertums waren wir insbesondere zur Durchführung der Aussenpolitik als Sicherheitsventil, das man für unpopuläre Massnahmen nötig zu haben schien, willkommen. Die finanzielle Situation konnte eben keineswegs als rosig angesprochen werden und die gesamte wirtschaftliche Lage erst recht nicht. Auch innenpolitisch war die Situation keineswegs erfreulich. Der Panzerkreuzer A, den der alte Reichstag bewilligte und der Reichsrat mindestens toleriert hatte, brachte uns schon in den ersten sechs Wochen die grössten Schwierigkeiten. Hätten wir von vornherein die Beantwortung dieser Frage auf Brechen gestellt, so wäre das Kabinett Müller keine zwei Monate alt geworden. Heute ist die Frage zu prüfen, ob unser Ausharren in der Grossen Koalition vor der Geschichte gerechtfertigt werden kann, und da müssen wir feststellen, es wäre ein unverantwortlicher Fehler gewesen, wenn wir anders gehandelt hätten. Dem Kabinett Müller ist es gelungen, die Reparations- und Besatzungsfragen zur besseren Regelung zu bringen.

Seit Mitte März dieses Jahres haben wir eine festere Basis für unsere Politik. Das konnte man nicht sagen, bevor die Young-Gesetze im Reichstag verabschiedet wurden. Im Rest des vorigen Jahres und im laufenden Etatjahr sind 100 Millionen Mark weniger an Reparationen zu leisten, als bei Fortbestehen der Dawes-Gesetze notwendig gewesen wären. Das ist eine bedeutende finanzielle Entlastung. In meiner Etatrede zum Haushaltsplan für 1928 konnte ich darauf

aufmerksam machen, dass kurze Zeit vorher Poincaré in der Deputiertenkammer äusserte, der Zeitpunkt der Revision des Dawes-Vertrages sei noch nicht gekommen. Die Tatsache vor allem, dass nach den Wahlen von 1928 ein Kabinett unter republikanischer Führung in Deutschland ans Ruder kam, hat die Dinge ins Rollen gebracht. Ich habe viele Ministerien kommen sehen, doch keines hat in verhältnismässig kurzer Zeit aussenpolitisch so grosse Erfolge erzielt, wie das Kabinett Hermann Müller. Das festzustellen ist im Interesse der Sozialdemokratischen Partei notwendig. Als Müller nach Genf fuhr, fragte man sich auch in Parteikreisen, ob das notwendig sei. Sein Schritt wurde recht skeptisch bewertet. Müller handelte recht, als er erstens die Reise unternahm und zweitens den anderen Mächten klar legte, dass man, um Europa zu befrieden, den Druck auf Deutschland nicht verewigen dürfe. Der Erfolg in Genf war, dass eine Kommission von Sachverständigen eingesetzt wurde, die in eine Prüfung der geldlichen Bedingungen des Dawesplanes eintreten sollte. Es sollte weiter untersucht werden, ob das besetzte Gebiet nicht früher als zur ursprünglich vereinbarten Zeit zu räumen sei. Wenn wir nächstens in Deutschland zum Wahlkampf kommen sollten, ist es unbedingt erforderlich, auf dieses Verdienst des Kabinetts Müller hinzuweisen.

Das Kabinett Müller griff im Herbst 1928 in den Ruhrkonflikt ein, als rund 250 000 Ausgesperrte draussen standen. Wo in der Welt gibt es ein Kabinett, das Arbeitnehmer im Wirtschaftskampf mit Millionen unterstützt hat? Als die Aussperrung begann, wurden die Regierungspräsidenten in Düsseldorf und Arnsberg von dem zuständigen Ministerium darauf aufmerksam gemacht, dass es im Interesse wirtschaftspolitischer Neutralität erforderlich sei, Anträge auf Fürsorgeunterstützung, die von den Arbeitslosen eingebracht worden seien, abzulehnen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Aussperrung der Unternehmer gegen einen für rechtsverbindlich erklärten Schiedsspruch richtete, konnte dieser Standpunkt nicht aufrecht erhalten werden. Reichskabinett und preussische Regierung vereinbarten darum Richtlinien, dass unter Vorbehalt der Nachprüfung dem einzelnen die Ausgesperrtenfürsorge zu zahlen sei und die gewerkschaftliche Unterstützung nicht angerechnet werden dürfe. Es ist unerhört, wie diese Haltung des Kabinetts zum Teil auch von kurzsichtigen Parteifreunden herabgesetzt und beurteilt worden ist. In den nächsten politischen Kämpfen müssen wir darauf hinweisen, dass die Ergebnisse der im Dezember 1928 ausgeübten Schlichtertätigkeit erst möglich wurden durch die behördlichen Hilfsmassnahmen. Dieser grosse Kampf hätte - das muss gesagt werden - keineswegs in jenem Zeitpunkt begonnen werden dürfen. Die wirtschaftliche Lage war so ungünstig wie eben möglich.

Das Jahr 1929 war überwiegend aussenpolitischen Abmachungen und Kämpfen um die Arbeitslosenversicherung gewidmet. Der Winter 1928/29 mit seiner bitteren Kälte steigerte die Arbeitslosenziffer rapide. Die Rationalisierung der Jahre 1926 bis 1928 wirkte sich damals erst voll aus. Das alles brachte Schwierigkeiten für die Arbeit des Kabinetts, die sich, wie schon ausgeführt, überwiegend aus den sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben ergaben. Im Herbst wurden die politischen Vereinbarungen im Haag getroffen, die uns später noch lange Monate in Anspruch nahmen. Der Kampf gegen die Hugenberger erforderte ebenfalls eine aufmerksame politische Tätigkeit. Dann begann der Kampf um die neuen Steuern. War im Jahre 1929 die Liquidierung des Krieges durchgeführt worden, so stand der Uebergang zum Jahre 1930 und das vergangene erste Vierteljahr im Zeichen der Kämpfe um die Lastenverteilung. Es ist für keine Regierung eine populäre Sache, Steuererhöhungen von 400 Millionen Mark erheben zu müssen. Wir waren uns darüber im klaren, dass diese Summe nicht aus direkten Steuern allein aufgebracht werden konnte. Denn heute schon ist eine erhebliche Kapitalflucht zu beklagen. Bier, Tabak und sonstige Genussmittel sollten auch nach unserer Ansicht herangezogen werden. Hätte der Kampf sich nur um Steuern gedreht, wir wären weit entgegengekommen, wenn es möglich gewesen wäre, damit eine Finanzreform im wahren Sinne herbeizuführen. Die endhültige Beruhigung der Wirtschaft

würde mit gewissen Steuermehrlasten nicht zu teuer erkauft worden sein.

Es kam hiernach die Regierungskrise. (Die Ausführungen Severings über die Ursachen dieser Krise haben wir am Sonnabend durch Rundfunk verbreitet. D.Red.)

Severing schloss seine Ausführungen: "Hugenberg, der uns durch seine Taktik schon oft geholfen hat - wir sollten ihn zum Ehrenmitglied der Partei machen - hat dazu beigetragen, dass die Regierung Brüning zunächst im Sattel ist. Steuerunsinn, Zollwirrwarr und Panzerkreuzerbau können unsere Chancen als Partei nur verbessern. Freilich die Sünden dieser Politik haben die Aermsten der Armen zu tragen. Die Tatsache, dass die Wirtschaftspartei die Konsumvereinssteuer durchdrückte, muss zeigen, dass eine Aenderung bald kommen werde. Das Geld für den Osten, das die Regierung versprach, ist nicht vorhanden. Ist es jedoch flüssig zu machen, dann wird der Finanzminister im nächsten Jahre feststellen müssen, dass die angekündigten Steuerersenkungen nicht kommen werden. Das Schiele-Programm ist nicht nur eine einseitige Hilfe für die Grosslandwirtschaft, sondern auch ein Schlag gegen die Industrie. Wer die bürgerliche Presse verfolgt, wird sehen, dass die industriellen Kreise das Agrarprogramm der Brüning-Regierung ebenso stark bekämpfen wie wir in der sozialdemokratischen Presse. Deutschland ist ein Industrieland das Absatzmöglichkeiten auf ausländischen Märkten haben muss. Schliesst es sich mit hohen Zollmauern ab, dann wird der Wirtschaft und damit der Arbeiterschaft erheblicher Schaden entstehen. Darum führen wir den Kampf zum Besten des werktätigen Volkes. Dabei bleiben wir uns des Ernstes der Situation durchaus bewusst. Die politische Entwicklung und die wirtschaftliche Vernunft ist mit uns. Auf die Dauer lässt sich die Politik der jetzt bestehenden Regierung nicht durchführen. Frühling oder Sommer, Grosse Koalition oder Kampf ausserhalb der Regierung - wir müssen stets zeigen, dass das zutrifft, was man im bürgerlichen Lager feststellte: wir sind auch ausserhalb der Regierung ein achtungsgebietender Faktor. Die Achtung vor uns soll stetig grösser werden. Das eine sagen wir jetzt schon: die eventuelle künftige Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie wird abhängig gemacht werden von der Erfüllung gewisser Voraussetzungen. Die Genossenschaftssteuer wird von keinem Sozialdemokraten geduldet und Liebesgaben für Grossagrarier können wir ebenso wenig verantworten. Mehr Macht dem Volke, mehr Macht dem Parlament - das wird uns auch wieder Macht in der Regierung verschaffen. "

SPD. Von einem Zentrums- und Reichsbannermann, der im Zentrum in der vorersten Reihe kämpft, wird uns zu der Kampagne gewisser Zentrumsblätter gegen das Reichsbanner u. a. geschrieben:

"Die Urheber dieser Kampagne sind niemals Mitglieder des Reichsbanners gewesen und haben ihm seit seiner Gründung ablehnend gegenübergestanden. Es sind die gleichen kleinen Kreise, die seit Jahren bei jeder ihnen passenden Gelegenheit ohne jedes Einverständnis mit den massgebenden Instanzen des Zentrums erfolglos gegen das Reichsbanner anrennen. Aus der Art, wie diese Kreise vorbehaltlos über jede tendenziöse Behauptung der Hugenberg-Presse gegen das Reichsbanner herfallen, sie gegen die grosse republikanische Organisation ausnutzen und der Rechtspresse damit zugleich neue angebliche "Argumente des Zentrums" gegen das Reichsbanner in die Hände spielen, ergibt sich einwandfrei, was die Störenfriede der republikanischen Einheitsfront bezwecken. Sie wollen aus politischen Gründen die Trennung der Zentrumsanhänger im Reichsbanner von den politisch andersdenkenden Republikanern, während sie auf der anderen Seite den Stahöhelm und andere antirepublikanische Organisationen bewusst gewähren lassen. Republikaner im Sinne der Weimarer Verfassung sind diese Kreise bis heute nicht geworden und werden es wahrscheinlich auch niemals werden.

Neuerdings ist auch die Berliner "Germania" dem Chorus der Reichsbanner-Feinde mit einem persönlich gezeichneten Artikel beigetreten. Viel zu bedeuten

hat das nicht; denn dieser Artikel ist m. W. nur als Meinung seines Verfassers zu werten, der sich vielleicht der eine oder andere Redakteur der "Germania", aber niemals das Zentrum als Partei angeschlossen hat. Jedenfalls denkt von den Zentrumsmitgliedern des Reichsbanners, an welcher Stelle sie in dieser Organisation auch stehen mögen, niemand daran, der gemeinsam geschaffenen republikanischen Organisation in den Rücken zu fallen und sie zu verlassen, weil einige unberufene Rufer aus dem Zentrum sich immer noch nicht mit dieser Organisation haben abfinden können und auch nicht abfinden wollen. Wir bleiben, wo wir sind und werden weiterhin in dem uns lieb gewordenen Reichsbanner, Seite an Seite mit den sozialdemokratischen und demokratischen Kameraden, für den Schutz der Republik und deren Ausbau kämpfen.

Insofern ist den Urhebern der neuesten Kampagne gegen das Reichsbanner nur zu raten, ihr Spiel aufzugeben, denn es ist zwecklos! Und das es so ist, wird die Zukunft lehren."

SPD. München, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die leichtgläubige Bevölkerung der Stadt Koburg hat den Hakenkreuzlern vor neun Monaten eine Stadtratsmehrheit gegeben und sich dabei auf Versprechungen verlassen, unter denen obenan die feierliche Verpflichtung der Hitler-Kandidaten stand, dass kein Nazi-Stadtrat von der Stadt wirtschaftliche Vorteile annehmen werde. Kaum gewählt, vergassen die Herren diese Versprechungen, sodass heute bereits eine ganze Liste von Einzelfällen vorhanden ist, in denen nationalsozialistische Stadträte zwecks eigener Bereicherung sich gegen jene feierliche Verpflichtung vergangen haben.

1. Stadtrat Schwede hat sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen;
2. Stadtrat Rechtsanwalt Faber hat sich nach der Wahl um die Führung eines Prozesses, den die Stadt auszutragen hatte, beworben und ihn auch erhalten;
3. Stadtrat Bernhardt hat in einer vertraulichen Stadtratssitzung von der Absicht der Stadtverwaltung, ein Grundstück zu erwerben, Kenntnis erhalten und bei der Beschlussfassung mitgewirkt. Diese Kenntnis benutzte er hinterher, um das Grundstück für sich zu erwerben;
4. Stadtrat Streng hat sich von der Stadtverwaltung einen Lieferungsvertrag geben lassen.

Die Registrierung dieser Tatbestände durch das deutschnationale Blättchen Koburgs, "Der Kompass", hat die Hakenkreuzler so durcheinander gebracht, dass sie öffentliche Beleidigungsklage gegen den Redakteur Lotz anstrebten. Sie sind aber schwer damit hereingefallen. Dem Beklagten gelang es, den lückenlosen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen, sodass er unter Ueberbürdung der Kosten auf die Privatk Kläger freigesprochen wurde. In der Urteilsbegründung ist ausdrücklich vermerkt, dass der von dem Beklagten erbrachte Wahrheitsbeweis nach jeder Richtung hin vollständig sei.

SPD. In Rumänien ist zurzeit eine Bauernregierung am Ruder. Die rumänische Sozialdemokratie steht zu ihr in Opposition, weil sie sich in ihren Massnahmen von ihren reaktionären Vorgängerinnen kaum wesentlich unterscheidet. Vor allem kann sie die Wahrheit nicht vertragen. Wer dennoch über die Vorgänge in Rumänien objektiv zu berichten versucht, verfällt in Ungnade, wird beobachtet, terrorisiert und wenn er gar noch ein Ausländer ist, des Landes verwiesen. Von einer derartigen Ausweisung ist dieser Tage der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" in Bukarest betroffen worden. Den unmittelbaren Anlass dazu bildete ein Telegramm dieses Berichterstatters an die Redaktion des SPD in Berlin. In diesem Telegramm, das niemals in Berlin eingetroffen und wie andere

Telegramme beschlagnahmt worden ist, wurde über gewisse Vorgänge anlässlich einer Kriegsbeschädigtentagung in Bukarest berichtet. Die Vorgänge spielten sich nach einem uns inzwischen aus Bukarest zugegangenen brieflichen Bericht wie folgt ab:

"Am 11. April fand in Bukarest ein Kongress der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen statt. Aus ganz Rumänien waren Teilnehmer erschienen. Die Regierung Maniu hat diesen Beschädigten vor Wochen nicht nur ihre bisherige lächerlich niedrige Rente gekürzt, sondern ihnen auch die seit Jahrzehnten innegehabte Freifahrt auf den Staatsbahnen entzogen. In höchster Erbitterung beabsichtigte der Kongress deshalb die Entsendung einer Delegation zum Ministerpräsidenten. Sie sollten gegen das Vorgehen der sich demokratisch nennenden Regierung protestieren. Als der Zug, der aus mehreren tausend teilweise entsetzlich verstümmelten Invaliden bestand, sich dem Stützpunkt näherte, befahl Maniu die Absperrung der inneren Stadt durch starke Militäraufgebote und Feuerspritzen. Da die Menge sich jedoch nicht zerstreute, schlugen die Soldaten auf Befehl ihrer Offiziere mit Kolben auf die Kriegsbeschädigten ein, während die Offiziere mit den Säbeln vorgingen und gleichzeitig die Spritzen volle drei Stunden lang gegen die Kriegsbeschädigten Wasser geben liessen. Bukarest glich im wahrsten Sinne des Wortes einer Stadt im Belagerungszustande; 20 Invaliden wurden bei einem Handgemenge durch Kolbenschläge derart schwer verwundet, dass sie in Rettungswagen in Spitäler übergeführt werden mussten. Jedes Verhandeln mit den Kriegsbeschädigten wurde von Maniu strikte abgelehnt.

Alles das - nicht mehr - stand in dem Telegramm des Bukarester Korrespondenten des "Soz. Pressedienst", das beschlagnahmt wurde und zur Ausweisung unseres Korrespondenten führte, obwohl seine Angaben durch die rumänische Presse vollinhaltlich als Tatsachen bestätigt werden. Aber das Ausland darf nicht erfahren, wie es in dem Rumänien des Herrn Maniu in Wirklichkeit aussieht; deshalb zunächst die Verhaftung unseres Korrespondenten, der wenige Stunden darauf auf Beschluss des rumänischen Ministerrats die Ausweisung folgte. Dieser Beschluss ist unwiderruflich, sodass der Korrespondent des SPD am zweiten Osterfeiertag Rumänien verlassen muss. Wir werden dennoch nicht aufhören, über die Zustände in Rumänien unter der Regierung Maniu so zu berichten wie sie sind und nicht, wie Herr Maniu es wünscht. Mit seiner Massnahme hat er einem Menschen den Aufenthalt in Rumänien unmöglich gemacht, aber tausenden zugleich eine Lektion darüber erteilt, wie es mit seinem Regime bestellt ist. Die Demokratie sollte dieses Regime angeblich erkämpfen, Gewalt gegen Andersdenkende hat es gebracht!

SPD. Paris, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer ist am Sonnabend mittag in Ferien gegangen. Sie wird am Dienstag nachmittag ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

Die Diskussion über das Sozial-Versicherungsgesetz ist nach dreitägiger Debatte bis zur Annahme der beiden ersten Sätze des Artikels 1 durchgedrungen. Diese beiden Sätze enthalten die grundsätzliche Bestimmung, dass das neue Sozialversicherungsgesetz für alle Gefahren des Alters, der Invalidität und des Todes eintreten und alle Arbeitnehmer beider Geschlechter umfassen soll, deren jährliches Einkommen 18 000 Franken nicht übersteigt. Auch dieses Wenige konnte nur gegen die wütende Opposition der Rechten erstritten werden, die einen Vertagungsantrag nach dem andern stellte und ihren Widerstand beinahe bis zur parlamentarischen Obstruktion steigerte. Am Sonnabend früh sah sich der Ministerpräsident Tardieu sogar genötigt, gegen den ehemaligen Finanzminister Lasteurie, einen der Führer seiner eigenen Mehrheit, aufzutreten, weil auch dieser wieder einen Vertagungsantrag eingebracht hat.

Die Debatte in der Finanz-Kommission über den neuen Steuerabbau verlief



äusserst heftig. Die Kommission hat zwar grundsätzlich beschlossen, den Steuerabbau auf die von der Regierung vorgeschlagene Summe von 1,9 Milliarden zu beschränken. Es herrschten jedoch hinsichtlich jeder einzelnen Steuerart so viele Meinungsverschiedenheiten, dass man schliesslich bei einer systematischen Opposition Aller gegen Alle immer wieder zu dem Regierungsvorschlag zurückkehrte. Das sozialistische Reformprogramm fand in der Kommission keine weiteren Verteidiger als die Sozialisten selbst. Nicht besser erging es dem radikalen Gegenvorschlag und den von den übrigen Parteien eingebrachten Abänderungsanträgen.

SPD. Halle, 19. April (Eig. Drahtb.)

Das Leuna-Werk, das schon vor einiger Zeit einige tausend Arbeiter entlassen hat, steht im Begriff, angesichts "der jetzigen Produktions- und Absatzverhältnisse" in der nächsten Zeit noch 1 100 bis 1 200 Arbeiter und 100 Angestellte zu entlassen. Von den Entlassungen betroffen werden in erster Linie die Angehörigen der Versuchsbetriebe. Als Termin für die Entlassung der Arbeiter ist der 1. Juli, für die der Angestellten der 1. Oktober in Aussicht genommen.

Der Betriebsrat hat der Werksleitung angesichts der drohenden Massenentlassung Vorschläge gemacht, wie ohne Entlassungen der Betrieb rentabel gestaltet werden kann. Er empfiehlt Verkürzung der Arbeitszeit der Wechselschichtbetriebe von 56 auf 48 Stunden, Verkürzung der Arbeitszeit der Tagschichtbetriebe von neun auf acht Stunden, weitere Bereitstellung von Notstandsarbeiten und Einführung der 44stündigen Arbeitszeit der Tagschichtbetriebe. Der Betriebsrat wünscht ausserdem, dass im gegebenen Falle in erster Linie nur Doppelverdiener entlassen werden.

Wie sich die angedrohten Entlassungen auswirken, zeigt eine Abstimmung der Belegschaft der Leunawerke über die eventuelle Arbeitsruhe am 1. Mai. 44 Prozent stimmten für und 46 Prozent gegen die Arbeitsruhe. Zehn Prozent enthielten sich der Stimme. Es klingt daher wie ein Witz, dass in der unmittelbaren Nachbarschaft des Leuna-Werkes, in Merseburg, die Kommunistische Partei einen Reichskongress der oppositionellen Chemiewerker abhielt, in dem Kampfmassnahmen beschlossen werden sollten. Zu diesem Kongress waren aus dem ganzen Reich noch nicht einmal 60 Delegierte erschienen. Die Vertreter von Griesheim a. M., Mannheim und Darmstadt meldeten von den Misserfolgen in ihren Bezirken. Der Berliner und der Hamburger Vertreter konnten nur berichten, dass ihre Gruppen es abgelehnt hätten, einen Delegierten zu entsenden, obwohl sie mehrfach dazu aufgefordert worden seien. In Hamburg habe die Opposition die Herrschaft vollständig verloren; in Altona befinde sich die Opposition in einer gewaltigen Krise.

Der Hauptreferent, Steffens, beschwerte sich darüber, dass man über Methoden und die Erfolge in der Zentrale nichts gehört habe. Als Ausdruck ihrer Kraft haben die KPD 200 Kandidaten für die Betriebsratswahl im Leuna-Werk nennen wollen, aber nur knapp 50 zusammengebracht. Die Leuna-Zeitung der KPD würde kaum noch beachtet, während die von der SPD herausgegebene Betriebszeitung immer grössere Verbreitung finde.

SPD. Hamburg, 19. April (Eig. Drahtb.)

Der Wehrwolf Führer v. Wilamowitz-Möllendorf, gegen den im Zusammenhang mit den jüngsten Bombenattentaten bereits gerichtlicher Haftbefehl erlassen ist, hat - wie das Altonaer Polizeipräsidium mitteilt - nach tagelangem Leugnen nunmehr gestanden, dass er mit anderen Personen das Sprengstoffattentat am Finanzamt in Neumünster ausgeführt hat. Vorher hatte er die Oertlichkeit für das Gelingen dieses Anschlages eingehend erkundet. Auch der von der Polizei

in der Attentatsangelegenheit vorläufig festgenommene Wolfgang Ammermann hat, nachdem er tagelang Unwissenheit vorschützte, nunmehr gestanden, dass er dazu ausersehen war, den dritten Sprengstoffkoffer, der bei der Firma Treu & Co. in Altona-Ottensen gefunden und von dem dort beschäftigten Prokuristen Karl Kienitz aufbewahrt wurde, an Ort und Stelle zur Explosion zu bringen. Welcher Ort hierfür in Frage kam, steht noch nicht fest. Der ebenfalls festgenommene Kaufmann Hambrock steht nach wie vor in dringendem Verdacht, mit Wilamowitz-Möllendorf das Sprengstoffattentat in Neumünster ausgeführt zu haben. Hambrock, Karl Kienitz und Wolfgang Ammermann werden jetzt dem Gericht vorgeführt werden. Drei Personen, und zwar A. Andresen, Oskar Ammermann und Erich Kienitz, die ebenfalls in die Sprengstoffaffäre verwickelt sind, werden auf freien Fuss gesetzt.

Von den festgenommenen Bombenattentätern sind sogenannte Entlastungs-Offensiven zugunsten der ersten Sprengstoffattentate (1928/29) in Gestalt von Sprengstoffanschlägen schon vor mehreren Monaten geplant und in den beteiligten Kreisen eingehend erörtert worden.

---

SPD. London, 19. April (Eig. Drahtb.)

Der Versuch, den Innenminister Clynes zu einer Umwandlung der Todesstrafe Podmores in lebenslängliches Zuchthaus zu veranlassen, ist gescheitert. Der Innenminister hat, wie offiziell mitgeteilt wird, das gesamte vorliegende Material "in vollem Bewusstsein seiner schweren Verantwortlichkeit geprüft" und sich überzeugt, dass an der Schuld des zum Tode verurteilten Podmore nicht der Schatten eines Zweifels bestehe. Der Innenminister habe unter diesen Umständen keinen Anlass gehabt, in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Damit ist jede Möglichkeit einer Verhinderung der Vollstreckung des Todesurteils geschwunden. Podmore wird deshalb am Dienstag morgen gehängt werden.

Der Entschluss des Innenministers wird in weiten Kreisen der Arbeiterpartei und hunderttausenden von Gegnern der Todesstrafe in England aufs lebhafteste bedauert.

---

SPD. Bukarest, 19. April (Eig. Ber.)

Der Umfang der Brandkatastrophe in Costeshti ist nach den Sonnabend-Abendblättern noch wesentlich grösser als an Hand der ersten Meldungen angenommen werden konnte. Ganze Spalten der Zeitungen sind mit den Namen der Toten gefüllt. Von den bis Sonnabend-Abend gezählten 140 Toten konnten erst 108 identifiziert werden. Die meisten Opfer sind Kinder im Alter zwischen 10 und 18 Jahren.

Der ausserordentliche Umfang der Katastrophe soll auf eine alte Frau zurückzuführen sein, die vor der Kirche auf ihre zwei Enkelkinder wartete. Als sie die ersten Flammen bemerkte, stürzte sie auf die Kirchentür zu, hielt sie zu und schrie: "Ich lasse Euch nicht eher heraus, bis Ihr meine Enkelkinder rettet." Die Kirchenbesucher versuchten vergeblich, die Tür zu öffnen. In wenigen Augenblicken waren sie durch den Rauch erstickt. Als die alte Frau bemerkte, was sie angerichtet hatte, stürzte sie sich in die Flammen und verbrannte.

Die Beerdigung der Opfer soll am Ostersonntag in einem Massengrab an der Stelle erfolgen, wo die abgebrannte Kirche gestanden hat.

---

SPD. Birmingham, 19. April (Eig. Drahtb.)

Der Oster-Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei (J.L.P.), der am Sonnabend Nachmittag in der Stadthalle von Birmingham eröffnet wurde, darf das besondere Interesse der internationalen Arbeiterbewegung beanspruchen, da die Beziehungen zwischen der Arbeiterpartei und der JLP, die der Arbeiterpartei korporativ angeschlossen ist, gegenwärtig äusserst gespannt sind.

Der Parteitag wurde durch Begrüssungsreden der örtlichen Arbeiter-Organisationen eröffnet. Ein Vertreter des Birminghamer Gewerkschafts-Kartells, ein Kommunist, hielt eine im höchsten Grade taktlose Rede. Die eigentlichen Verhandlungen begannen mit einer programmatischen Rede des Parteivorsitzenden Maxton, der als Führer der sogenannten schottischen Rebellion im Unterhaus der Arbeiterregierung im Laufe der letzten Monate erhebliche Schwierigkeiten bereitet hat. Maxton's Rede bewies, dass er entschlossen ist, seinen Kampf gegen die Regierung und die Leitung der Arbeiterpartei mit unverminderter Rücksichtslosigkeit fortzusetzen. Nach einem Ueberblick über die geschichtliche Sendung der Unabhängigen Arbeiterpartei kennzeichnete Maxton die Grundlagen der Politik der Unabhängigen Arbeiterpartei wie folgt:

Die JLP stehe im Gegensatz zum Glauben an die schrittweise Entwicklung, wie sie von den Führern der Arbeiterpartei vertreten werde; sie lehne jedoch auch die Katastrophentheorie der Kommunisten ab. Die Arbeiterklasse wünsche eine baldige Verwirklichung der sozialen und ökonomischen Gleichheit. Sie verlange jedoch, dass diese ohne Grausamkeit und unnötige Leiden geschehe. Von der gewerkschaftlichen und politischen Führung der Arbeiterbewegung sei die Macht und das Ansehen der Arbeiterbewegung, in jüngster Zeit sogar die Staatsmaschine eingesetzt worden, um die Rationalisierung der britischen Industrie zu fördern. Es sei nicht die Aufgabe der sozialistischen Bewegung, bei der Entwicklung und Verbesserung des Kapitalismus zu helfen. Man müsse es als eine Schande bezeichnen, dass die Arbeiter der Woll- und Baumwoll-Industrie sich in einem Zeitpunkt Lohnkürzungen gefallen lassen müssten, in dem eine Arbeiterregierung am Ruder sei. Auch Snowden habe in seinem Budget die Kapital-Interessen nicht anzutasten gewagt. Die Arbeiterregierung entsende überhaupt zu viel "Eisenbahndirektoren, Textil-Magnaten und Finanzleute" anstatt Vertreter der Arbeiterbewegung in die zahlreichen Untersuchungs-Kommissionen. Im übrigen gebe die Regierung den übrigen Nationen kein Beispiel für eine erhebliche und radikale Abrüstung.

Charakteristisch für die Rede Maxton's war, dass die Arbeiter-Internationale mit keinem Wort erwähnt, dagegen der Sowjet-Regierung bei ihrem Versuch, die Bauernwirtschaften in eine gemeinwirtschaftliche Produktion umzuformen, voller Erfolg gewünscht wurde.

SPD. München, 19. April (Eig. Drahtb.)

Monatelange Unterschlagungen im Bahnpostbezirk Regensburg führten zur Feststellung des Täters in der Person des jungen Postassistenten Steinbauer, der in der letzten Zeit durch übermässige Geldausgaben aufgefallen war. Steinbauer wurde in Hof aus dem Zug heraus verhaftet. In dem Hofer Gerichtsgefängnis hat er sich bald nach seiner Einlieferung erhängt.

Steinbauer hatte es besonders auf Briefe aus Uebersee abgesehen, die an die stigmatisierte Therese von Konnersreuth gerichtet waren und die oft grössere Geldbeträge enthielten.

SPD. Bukarest, 19. April (Eig. Drahtb.)

Der seit langer Zeit von den rumänischen Behörden gesuchte frühere Privatsekretär Bela Kuns namens Dezideriu Weiss wurde in Kronstadt verhaftet. Weiss war seit Wochen in der Stadt Ploesci unter falschem Namen als Oberkellner tätig.

SPD. New Delhi, 19. April (Eig. Drahtb.)

Die in weiten Kreisen Indiens herrschenden Unruhen haben nunmehr auch auf Bengal übergegriffen und zu schweren Ausschreitungen geführt. Einheimische haben nach den vorliegenden Meldungen in Tschittagong, dem Hafen von Bengal, einen Angriff auf bewaffnete Eisenbahnposten unternommen. Ein in anglo-indischen Diensten stehender Sergeant und vier Inder wurden getötet. Sämtliche Telegraphen- und Telefonlinien wurden von den Angreifern durchschnitten. Später soll von Einheimischen, etwa 65 km von Tschittagong entfernt, ein Eisenbahnzug zur Entgleisung gebracht worden sein.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Vorarbeiten für die in der Regierungserklärung gemäss der Ostbotschaft des Herrn Reichspräsidenten in Aussicht gestellte Ostvorlage sind soweit gediehen, dass die Reichsregierung alsbald nach Ostern über die notwendigen gesetzlichen Massnahmen Beschluss fassen wird. Im Vordergrund werden Massnahmen zur Erleichterung der Kreditbeschaffung für die Ostgebiete stehen, insbesondere für die Umschuldung landwirtschaftlicher Betriebe; ferner werden Massnahmen zur Lastensenkung, zur Sicherung der Erhaltung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Erleichterung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Osten vorgesehen werden.

SPD. Groningen, 19. April (Eig. Drahtb.)

Auf dem Osterparteitag der holländischen Sozialdemokratie, der am Sonabend in Groningen eröffnet wurde, stellte der Parteivorsitzende Oudegeest fest, dass die Mitgliederzahl der holländischen Sozialdemokratie in den letzten zwei Jahren um 15.000 auf über 66.000 gestiegen ist. Ausser "Het Volk" in Amsterdam und dem "Voorwaarts" in Rotterdam würden spätestens am 1. Januar 1932 noch fünf andere Tageszeitungen mit eigenen Druckereien in verschiedenen Teilen Hollands für die Sozialdemokratie werben. Die dazu erforderlichen Gebäude seien bereits gekauft, heute schon werde die sozialistische Presse Hollands in 100.000 Familien gelesen.

SPD. Bukarest, 19. April (Eig. Drahtb.)

Der oberste rumänische Wirtschaftsrat beschloss für sämtliche Staaten mit Ausnahme Deutschlands die Anwendung von Minimalzöllen. Deutschland soll künftig Maximalzölle zahlen. Das bedeutet den Zollkrieg zwischen Rumänien und Deutschland. Diese Antwort auf die erhöhten deutschen Getreidezölle war seit Tagen zu erwarten.

Rumänische Statistiker haben errechnet, dass der Zollkrieg zur Steigerung der deutschen Arbeitslosigkeit um 150.000 Personen führen wird, während Rumäniens Gesamtexport um 20 % zurückgehen dürfte.

SPD. Paris, 19. April (Eig. Drahtb.)

Das Pariser Rechtsblatt, die "Ordre" verbreitet am Sonnabend das Gerücht, dass Trotzki nach zweijähriger Verbannung wieder nach Russland zurückkehren dürfe. Ein Emissär Stalins sei bereits in Konstantinopel eingetroffen, um mit dem Verbannten zu verhandeln. Man beabsichtige, Trotzki die Führung der neuen, wesentlich mildereren Agrarpolitik zu übertragen.

SPD. Das Organ der christlich-nationalen Bauernpartei, die zu der Opposition in der deutschnationalen Reichstagsfraktion gegen Hugenberg nach wie vor gute Beziehungen unterhält, schildert die Zustände im deutschnationalen Lager wie folgt:

"Der Auseinanderfall, für den niemand ausser dem deutschnationalen Parteiführer selbst ein Verschulden trifft, lässt sich nicht mehr korrigieren. Denn durch die unter Hugenbergs Führung schon seit Monaten angewandten Methoden, jeden, der sich seinem Gesinnungsdiktat nicht unterwerfen wollte, sachlich und persönlich herabzusetzen, sind die Reihen so durcheinander gebracht, dass einer gegen den anderen steht, keiner dem andern mehr recht über den Weg traut und jeder Feinde im eigenen Lager wittert. Der sachlich-methodische Gegensatz, der sich vielleicht ausgleichen liesse, ist auf den Charakter zurückgeschlagen. Ausgestreutes Gift hat zersetzend gewirkt. Wie soll ein Baum wieder zum Blühen gebracht werden, der bis in die Wurzeln davon infiziert ist?

Diesen Zustand, der kein menschliches Verstehen und persönliches Vertrauen die ersten und primitivsten Voraussetzungen aller Gemeinschaftsarbeit, mehr kennt, kann auch ein Führerwechsel nicht mehr beseitigen. Er käme zu spät und wird auch aller Voraussicht nach freiwillig nicht erfolgen. Es ist im Gegenteil bei vielleicht taktischem Nachgeben mit neuen Massnahmen gegen die "Opposition" zu rechnen. Sie sind schon angekündigt worden und bestehen in der "Fortsetzung der Reinigungsaktion". Kann man schon die Mehrheit der Fraktion nicht ausschliessen, so wird man doch die, die nicht willens sind, einfach bei Neuwahlen nicht mehr kandidieren lassen, ganz ohne Rücksicht auf Alter und Verdienste. Denn der Hugenberg-Flügel glaubt, den Parteiapparat noch völlig in der Hand zu haben und ist gewillt, dieses blinde Machtinstrument gegen auseinanderstrebende Anschauungen und Persönlichkeiten rücksichtslos zu gebrauchen. Es soll sogar Leute geben, die auch vor der Gefahr, dass die Partei zu einer reinen Stadt-Partei wird, nicht zurückschrecken. Das würde natürlich, als Abkehr vom Landvolk, einer völligen Charakteränderung der Deutschnationalen Volkspartei gleichkommen."

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

## Das Rätsel um zwei Tote.

Um ein blutiges Stierhorn am Justizmord vorbei.

SPD. Eine sonderbare Kriminalaffäre trug sich in dem kleinen portugiesischen Dorfe Custovios zu, in dem ein Gutsbesitzer unter Mordverdacht verhaftet wurde, weil alle Indizien gegen ihn sprachen. Fast wäre es zu einem Justizirrtum schlimmster Art gekommen, wenn nicht ein glücklicher Zufall dem Kriminalroman einen andern Ausgang gegeben hätte.

Vor einigen Wochen schreckte ein grauenhaftes Verbrechen die Bewohner des friedlichen Dörfchens aus ihrer idyllischen Ruhe auf. Auf einer Wiese in der Nähe des Ortes war der leblose Körper eines Mannes mit einer tödlichen Wunde im Rücken gefunden worden. Der Tote war der Viehhirt José Reiss, von dem man erzählte, dass er mit einer Bäuerin des Dorfes ein Liebesverhältnis unterhalten habe. Mochte der Dorfklatz auf Wahrheit beruhen oder nicht - die Ortspolizei nahm jedenfalls den Mann der Bäuerin wegen des offensichtlich von ihm aus Eifersucht begangenen Mordes in Haft. Die Polizei fühlte sich um so sicherer, als sich bald auch noch herausstellte, dass der Festgenommene, der der Arbeitgeber des Viehhirten war, mehrfach den Liebhaber seiner Frau bedroht und ihm auch die Stellung gekündigt hatte. Aus Porto traf die Mordkommission ein und fand nach langwierigen Verhören die Vermutungen der Ortspolizei voll auf gerechtfertigt. Der Ehemann der Bäuerin wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Immer wieder betonte der Verhaftete seine Schuldlosigkeit. Aber weder Untersuchungsrichter noch Staatsanwalt schenkten ihm glauben. Die Untersuchung nahm den üblichen Verlauf, und schon war der Tag festgesetzt, an dem sich der Gutsbesitzer vor dem Schwurgericht verantworten sollte. Doch - wenige Tage vor der Verhandlung warf ein gänzlich unerwarteter Vorfall das Kartenhaus der Anklage über den Haufen. Aus Custovios kam die Nachricht, von einem zweiten Mord, der, diesmal in der Abwesenheit des verhafteten Bauern, unter den gleichen Umständen begangen worden war, wie der erste. Wieder war ein Viehhirt, den man auf derselben Wiese und in der gleichen Lage wie den ersten Toten aufgefunden hatte, das Opfer. Ob nicht - die Vermutung war naheliegend - der neue Mörder auch der erste war?

Noch konnte sich die Anklagebehörde nicht zur Freilassung des des Eifersuchtsmordes Beschuldigten entschliessen. Man entsandte einen erfahrenen Detektiv aus Lissabon nach Custovios, der die Affäre noch einmal überprüfen sollte. Der Detektiv verhörte die Dorfbewohner ohne Erfolg. Am Abend ging er auf die Wiese der rätselhaften Untaten. Kaum hatte sich der Detektiv dem eigentlichen Mordplatz genähert, als er hinter sich lautes Schnauben und Stampfen hörte. Ein junger Stier, der zu einer nachts hier frei weidenden Herde gehörte stürzte sich mit gesenkten Hörnern auf den späten Besucher, um ihn zu überrennen. Mit einem Sprung brachte sich der Detektiv in Sicherheit, eilte ins Dorf, holte sich ein paar handfeste Leute, fong in Gemeinschaft mit ihnen das bösertige Tier ein und entdeckte an den Hörnern Blutspuren; das Blut kam unters Mikroskop es war Menschenblut. Man hatte den Mörder der beiden Viehhirten. - Die Unschuld des verhafteten Gutsbesitzers war erwiesen.

Vor einigen Tagen kehrte der nunmehr auf freien Fuss gesetzte Bauer nach Custovios zurück. Der Stier, nunmehr in seinem Heimatdorfe reichlich unbe-

liebt, wurde an einen Impresario für Stierkämpfe verkauft. Das Tier verschied zwei Tage später in Lissabon unter den Hieben und Degenstichen des Picadoren. Eine nach Zehntausenden zählende Zuschauermenge klatschte und schrie in wilder Wonne.

+ + +  
Ein neuer Raketenwagen. In Zusammenarbeit mit dem Unternehmer Dr. Heylandt hat der Raketenforscher Max Valier einen neuen Raketenwagen konstruiert, der jetzt in Berlin-Britz einer breiteren Öffentlichkeit vorgeführt wurde. Es ist ein sogenannter Rückstosswagen, bei dem nicht mehr die Auspuffkraft explosierender Pulverraketen zum Antrieb benutzt wird, sondern die Rückstosswirkung eines brennenden Gasgemisches, das in dem Wagen aus flüssigen Sauerstoff und gewöhnlichem Autobenzin hergestellt wird. Bei den ersten vorsichtigen Vorführungen erreichte der Wagen eine Höchstgeschwindigkeit von 45 Stundenkilometern. In Wirklichkeit liegt die Bedeutung der Erfindung auf dem Gebiete der Schnellflugzeuge, die künftig vielleicht die Gestalt eines Fisches haben werden, uns beim Flug durch die Stratosphäre durch den neukonstruierten Rückstossmotor theoretisch möglicherweise auf eine Geschwindigkeit von über 1000 Stundenkilometern gelangen können; der Flug Deutschland-Südamerika wäre unter diesen Umständen in 15 Stunden zu bewältigen.

Die Karosserie des in Berlin-Britz vorgeführten Rückstosswagens, der aus ganz leichtem Metall erbaut ist, hat eine Länge von etwa 3,50 Meter. Der Führersitz liegt dicht über dem Boden in der Mitte des Fahrzeuges. Die aus flüssigen Brennstoff und flüssigem Sauerstoff hergestellten Gase werden in einer kleinen Düse im hinteren Wagenteil gemischt, entzündet und zum Auspuff gebracht. Praktisch besteht somit die Maschinerie des Wagens nur aus zwei Gastanke im Innern des Fahrzeuges. Dadurch, dass die Tanks getrennt voneinander liegen, ist jede Feuer- und Explosionsgefahr ausgeschlossen. Die Betriebsdauer richtet sich nach der Grösse der Tanks.

+ + +  
Von einem Baum erschlagen. Auf dem Landgut Molochow bei Warschau stürzte ein Baum von riesigen Ausmassen, der gefällt werden sollte, vorzeitig nieder und begrub unter sich drei Arbeiter, von denen der eine sofort tot war. Die beiden anderen wurden in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus übergeführt.

+ + +  
Ein Eifersuchtsduell. Zwei heissblütige Tänzerinnen in Mexiko-City liebten beide denselben jungen Mann, der in dem Lokal ihres Gastspiels als täglicher Stammgast erschien. Als eines Abends der Jüngling offensichtlich das eine der Mädchen vorzog, sann die Verschmähte auf besonders blutige Rache: sie forderte die Nebenbuhlerin auf Pistolen. Die Tänzerin nahm die Forderung an. Mit zwei Sekundantinnen begab man sich nachts um drei Uhr in eine entlegene Vorstadt und focht das Duell im trüben Schein einer Laterne aus. Ob nun die Beleuchtung zu ungünstig war oder ob die Leidenschaft den Blick der Duellantinnen trübte - genug: sämtliche zwölf Pistolenschüsse, die von den beiden Gegnerinnen abgegeben wurden, gingen fehl. Männer hätten vermutlich dieses fruchtlose Duell daraufhin abgebrochen, wären Arm in Arm in eine Kneipe gewandert und hätten sich wieder bei einem Versöhnungsschoppen freundschaftlich gefunden. Nicht so die erbosten Rivalinnen. Eine zog ein Messer - die andere wollte daraufhin nicht den Kürzeren ziehen: es kam zum erbarmungslosen Nahkampf mit Messern und Fingernägeln. Selbst die Sekundantinnen gaben ihre Unparteilichkeit auf und mischten sich in das Handgemenge. Als schliesslich die Polizei hinzukam, hatten sich die vier Amazonen recht beträchtliche Verletzungen beigebracht. Die Damen wurden ins Krankenhaus übergeführt.

+ + +

Ein achtfacher Namensfälscher. Dieser Tage wurde in Genf ein alter Schuhputzer verhaftet, der an einem der belebtesten Plätze der Stadt seinen Stand hatte und sich beim Publikum grosser Beliebtheit erfreute. Der Grund des polizeilichen Interesses ist, dass der Mann - ein ganz anderer ist, als der, für den man ihn bisher hielt. Sein eigenes Geständnis lässt am besten die Grösse der Nuss erkennen, die er dem Genfer Standesamt zu knacken gibt. Der Verhaftete gab zu, schon vor dem Jahre 1910 nach seinem Geburtsland Spanien ausgewiesen worden zu sein. Um nach Frankreich zurückkehren zu können, kaufte er von einem blinden Bettler in Barcelona dessen Papiere, die auf den stolzen Namen "Miquel Y. Garcia Colas" lauteten. Mit diesen Papieren heiratete er in Bordeaux eine Zigeunerin, die er aber verliess, als er sich nach Genf begab. Von Genf aus fuhr er noch einmal nach Marseille, wo er, ohne von der ersten Frau juristisch geschieden zu sein, eine Spanierin ehelichte, die er als seine legitime Frau mit nach Genf brachte. Die Spanierin schenkte dem Schuhputzmeister Colas sieben Kinder. Drei starben; bald segnete auch die Frau das Zeitliche. Alle Vier wurden in Genf begraben - natürlich unter dem Namen Calos. Der älteste Sohn heiratete in Genf - desgleichen unter dem Namen Colas. Diesen Namen erhielt auch die Frau des ältesten Sohnes, ebenso deren Kind. In Wirklichkeit ist der Name des Schuhputzers Manuel Fernandez. Es sind nunmehr nicht weniger als sieben Fälschungen von Geburtsnamen, die ihm vorgeworfen werden, ausserdem fünf Fälschungen von Todesanzeigen: die fünfte Fälschung ist die des Namens der Grossmutter, die der Schuhputzer in seiner offenbar sehr grossen Familienliebe auch nach Genf hatte kommen lassen und die er gleichfalls noch auf ihre alten Tage mit seinem neuen Namen behängt hatte.

+ + +  
Der Mörder als Zauberer. Die beiden Gerichtspräsidenten Büssy und Marinier in Rennes (Frankreich), die in der vergangenen Woche den Mörder Iyves le Floch, der in bestialischer Weise eine Witwe und deren Tochter ums Leben gebracht hat, zum Tode verurteilt haben, starben an ein und demselben Tage. Durch diesen Doppeltod hat der Mörder, der bei der Landbevölkerung im Rufe eines Zauberers steht, der über geheime Kräfte verfügen soll, der Bevölkerung einen panischen Schrecken eingejagt. Man glaubt jetzt nicht nur, dass er den Tod seiner Richter auf dem Gewissen habe, sondern, dass er auch in der Lage sei, sich durch Nutzbarmachung der geheimen Kräfte, die er beherrscht, zu befreien. Seine Bewachung wurde deshalb verstärkt.

+ + +  
Oesterreichische Köpenickiade. Zu dem Bürgermeister des kleinen Ortes Weissenalbern (Niederösterreich) kam dieser Tage in Begleitung eines angeblichen Gendarmen ein angeblicher Beamter der Landesregierung. Die Besucher erklärten, zu Erhebungen wegen gewisser Unregelmässigkeiten in der Gemeinde beauftragt zu sein, studierten die Bücher der Gemeinde und wünschten ausserdem die Gemeindekasse nachzuprüfen. Ihren Inhalt, eine Hundertschillingnote, erklärten sie für gefälscht und beschlagnahmten sie, desgleichen 200 Schilling in der sogenannten Raiffeisenkasse der Gemeinde. Am nächsten Tag musste der Bürgermeister feststellen, dass die beiden Beamten auch noch heimlich etwas beschlagnahmt hatten: das Scheckbuch der Gemeinde. Von den Schwindlern, die in anderen Orten Niederösterreichs und in anderen Orten des Burgenlandes ähnliche Gaunereien verübt haben, fehlt jede Spur.





## Echte und falsche Gefahrengemeinschaft.

SPD. Der Kampf um die gesamte Sozialversicherung ist im Gang. Eine Reihe Einzelangriffe sind abgewehrt worden. Neue Angriffe werden, nachdem die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung ausgeschlossen sind, in noch bösartigerer Form folgen. Der Sturm auf die Arbeitslosenversicherung - das ist mittlerweile sicher auch dem einfachsten Arbeiter klar geworden - ist nur ein Stück des Grosskampfes der Sozialreaktion gegen alle Zweige der Sozialversicherung. "Arbeitslosen-, Krankenversicherung und die übrigen Versicherungszweige - so schildert die Gewerkschaftszeitung zutreffend die Situation - "sie alle werden aufs Korn genommen, weil es sich bei den schwebenden politischen Kämpfen um die Einrichtungen und den Fortbestand des "sozialen" Staates handelt. Nicht Einzelkämpfe um diese oder jene Einzeleinrichtung in der Sozialversicherung spielen sich jetzt ab, Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände bedauert, dass die Regierung nicht einen ernsthaften Versuch gemacht habe, "ein allgemeines Gesamtprogramm für die künftige Gestaltung unseres Sozialertrags aufzustellen." "Wer entsinnt sich, so fragt das Organ des ADGB, dabei nicht des in der "sozialen Praxis" gebrachten Vorschlages einer Gefahrengemeinschaft der Träger der Sozialversicherung mit der Arbeitslosenversicherung?"

Die Gefahr dieser Gefahrengemeinschaft wurde abgewehrt. Was die Sozialreaktionäre als "Gefahrengemeinschaft" erstrebten, war ein höchst primitiver, plumper Eingriff in das System der Sozialversicherung gewesen. Angesammelte Reserven bei den einzelnen Versicherungsträgern sollten der Arbeitslosenversicherung darlehnsweise zugeführt werden. Man kümmerte sich weiter nicht darum, ob die Einnahmen oder Ausgaben dieser Träger überspannt sind und ob sie durch Senkung ihrer Beiträge die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung erleichtern konnten oder ob sie durch Senkung ihrer Leistungen in der Lage waren, aufgespeicherte Reserven preiszugeben. Es wurde lediglich die völlig primitive Forderung aufgestellt, diese Versicherungsträger an Stelle des Reichs gegenüber der Arbeitslosenversicherung den Gläubiger spielen zu lassen. Damit stand ernsthaft der Gedanke eines Gefahrenausgleichs innerhalb der Sozialversicherung garnicht mehr zur Diskussion. Es handelte sich vielmehr nur noch darum, finanzkräftige Institute, die der Hoheit des Reiches unterstehen, zu einer Zwangsanleihe zur Erfüllung von gesetzlich festgelegten Reichsverpflichtungen heranzuziehen.

Ein wirklicher Gefahrenausgleich, der diesen Namen verdient, sieht anders aus. Das Bild eines solchen Gefahrenausgleichs wird in der April-Nummer der "Arbeit" von Dr. Broecker in einer kritischen Betrachtung der Kämpfe um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung skizziert. Seltsam, so führt Broecker aus - habe es berührt, dass eine Gefahrengemeinschaft, die sich über den Rahmen einer Versicherung hinaus auf verschiedene Risiken der Sozialversicherung erstrecken sollte, vom volksparteilichen Finanzminister Moldenhauer vorgeschlagen und vor allem von Leuten gefordert wurde, die sonst für eine weitgehende Aufteilung des Risikos in einzelne Gruppen, für den Gedanken der Gefahrenklassen und gegebenenfalls auch für den der berufsständischen Versicherung eintreten. Immerhin verdiene der Gedanke, dass es schliesslich immer wieder der gleiche Personenkreis sei, dem der Schutz der Sozialversicherung zu Gute komme,

und der auch für die Deckung des Versicherungsrisikos herangezogen werde, sehr wohl Beachtung. Dasselbe gelte von dem Hinweis, dass die hier in Betracht kommenden Notstände auf der gleichen sozialen Situation beruhen und deshalb der davon betroffene Personenkreis sich in den verschiedenen Versicherungs- zweigen gegenseitig helfen müsse. Solche Auffassungen könnten zu allerletzt die Gewerkschaften ablehnen, die ja von jeher für eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung eingetreten seien, für eine Vereinheitlichung, die, wenn sie radikal durchgeführt würde, zweifellos auch zu einem gewissen Risikoausgleich zwischen den einzelnen Versicherungszweigen führen müsste. "Man kann sich, schreibt Broecker, durchaus vorstellen, dass, wenn beispielsweise im Sinne der Gedankengänge, die Franz Spliedt in seinem Aufsatz "Die Vereinheitlichung der Sozialversicherung" ("Die Arbeit" 1928 Heft 8 Seite 456 ff) ausgeführt hat, eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung durchgeführt würde, durch Schaffung von drei grossen Reichsanstalten und zwar einer für Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung, einer für Kranken- und Unfallversicherung und einer für Arbeitslosenversicherung, in jeder dieser Anstalten ein gemeinsamer Beitrag zur Deckung des von jeder übernommenen Gesamtrisikos erhoben würde, wobei die Frage ganz offen bleiben mag, wie dieser Beitrag auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verteilen sei und inwieweit er durch Reichszuschüsse zu ergänzen wäre. Zweifellos würde eine solche organisatorische Zusammenfassung von Versicherungsaufgaben auch zu einer stärkeren Vereinheitlichung des Sozialbeitrags zu einem weiteren Ausgleich einmal innerhalb von Berufen (beispielsweise von Arbeitern und Angestellten) wie insbesondere auch innerhalb der verschiedenen Orte und Bezirke führen, was andererseits notwendig auf die Dauer auch dazu zwingen würde, die Leistungen der einzelnen Versicherungszweige besser aufeinander abzustimmen. Ein Gefahrenausgleich dieser Art scheint mir ein erstrebenswertes Ziel, weil er dem Gesamtzweck der Sozialversicherung, dem sozialen Schutz des Arbeitnehmers schlechthin, nicht dem Schutz einzelner Gruppen und Schichten in unterschiedlichster Form zu dienen, durchaus entsprechen würde. Dies allein wäre auch ein Ausdruck jener Solidarität innerhalb der Versicherungszweige, die aufgebaut ist auf der Solidarität der Arbeitnehmerschaft als Klasse. Organisatorisch gesehen, wäre es ein Weg zur gemeinsamen Verwaltung des Gemeinschaftsvermögens, das der Staat durch die Sozialversicherung zu Gunsten der Arbeitnehmerschaft geschaffen hat, versicherungsmässig gesehen, wäre es ein weiterer begrüssenswerter Schritt zur Abkehr von den der Privatversicherung entspringenden Rentabilitätsgedanken, die auf einmöglichste Zusammenfassung günstiger Risiken und Ausgliederung, bzw. verschärfte Belastung ungünstiger Risiken hinauslaufen."

Auf dem Wege eines solchen Gefahrenausgleichs liesse sich ein Neubau der Sozialversicherung schaffen. Was die Arbeitgeber jedoch erstreben, musste zwangsläufig zu einer Verkrüppelung, zu einem Abbruch der Sozialversicherung führen. Aber schliesslich kann man von Leuten, die von dem grossen Solidaritätsgedanken der Arbeiterschaft keine Ahnung haben, nichts anderes erwarten als eine Verballhornung des Gefahrengemeinschaftsgedankens. Nur die Arbeiter sind imstande, aus diesem Gedanken einen Hebel zum Fortschritt zu machen.

---

SPD. Der Staat New York wird sich bald zu den wenigen amerikanischen Bundesstaaten rechnen können, die sich einer staatlichen Altersversicherung rühmen dürfen. Nach langem Hin und Her wurde in der gesetzgebenden Körperschaft das heissumstrittene Altersversicherungsgesetz angenommen. Bedauerlicherweise liegen die Dinge bei diesem Altersversicherungsgesetz ganz ähnlich wie bei so vielen Versuchen amerikanischer Sozialpolitik. Von einer wirklichen Altersversicherung, die diesen Namen auch verdient, kann man im Staat New York einstweilen noch nicht sprechen. Das Gesetz, das genau betrachtet, nur eine Erwei-

terung des bisherigen Armengesetzes mit seinen pharisäischen Wohltätigkeitsgesten darstellt, ist im Kern so reaktionär, dass sogar der Staatsgouverneur Roosevelt erklärte, es könne von einer wirklichen Altersversicherung bei diesem Gesetz keine Rede sein; wenn er die Vorlage trotzdem unterschrieben und nicht zurückgewiesen habe, dann nur deshalb, weil er die wenigen Vorteile, die das Gesetz immerhin biete, angesichts der kritischen Zeitläufte nicht habe preisgeben wollen.

Der Inhalt des Gesetzes ist eigentlich ein Hohn auf den Staat, der finanziell an der Spitze der Union, d.h. an der Spitze des reichsten Landes der Erde steht. Das soziale Interesse des Staates New York für die alten Leute beginnt erst bei einem Alter von 70 Jahren. Das ist eine Altersgrenze, die bei dem enormen Verbrauch der menschlichen Arbeitskraft in den Vereinigten Staaten viel zu hoch liegt. Bedürftige über 70 Jahren sind auch dann erst Unterstützungsberechtigt, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Schliesslich müssen die Bedürftigen mindestens zehn Jahre im Staat ansässig, unbescholten und amerikanische Bürger sein. Direkte Unterstützungsverpflichtung des Staates besteht nicht; die Lokalbehörden entscheiden über die Unterstützungsgesuche und über die Höhe der Unterstützungen.

Nach den Berechnungen der Behörden dürften im Staat New York bei einer Gesamtbevölkerung von über 12 Millionen etwa 50 000 Personen der "Segnungen" des Altersversicherungsgesetzes teilhaftig werden. Als jährliche Unterstützung sind im Durchschnitt 240 Dollar oder 20 Dollar pro Monat in Aussicht genommen. Einstweilen ist jedoch die Höhe der Gesamtunterstützung noch nicht geklärt - das Gesetz lässt diese Frage offen -; das Gleiche gilt vom Unterstützungsminimum. Die Folgen sind Schikanen, Schnüffeleien und Unterstützungsschacher.

Die soziale Einstellung der Gesetzgeber wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, dass sie eine wöchentliche Unterstützung in Höhe von fünf Dollar für die alten Leute als ausreichend betrachten. Diese fünf Dollar sind nichts als ein Almosen, das sofort entzogen werden kann, wenn sich der Unterstützungsempfänger irgendwie unbeliebt macht und nicht so - wählt, wie die Almosenauszahler es wollen. -

Der Kampf um ein wirkliches soziales Altersversicherungsgesetz im Staat New York muss erst noch zu Ende geführt werden. In diesem Kampf war bisher die Haltung der deutschen fortschrittlichen Arbeiterorganisationen in Amerika ein Ruhmesblatt, das weit über den Staat New York hinaus Beachtung verdient. Die deutschstämmigen Arbeiter sind es gewesen, die sich von Anbeginn für eine Altersversicherung, die Hand und Fuss hat, einsetzten und am schärfsten gegen die jetzt vorgenommene Verfälschung Front machten.

SPD. Die 400 000 niederländischen Landarbeiter haben einen ausserordentlich tiefstehenden Durchschnittslohn. Er beträgt nach neuen statistischen Erhebungen nicht mehr als 20 Gulden pro Woche. Dabei ist zu bedenken, dass der Gulden nicht nach dem Valutastand mechanisch in Reichsmark umgerechnet werden darf, da die Inlandskraft eines Guldens auf vielen Gebieten nicht höher ist als die einer Mark. Die unterste Grenze der Landarbeiterlöhne beträgt 15 Gulden, die oberste 25. Die Lohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Gelegenheitsarbeiter sind noch weit schlechter. Nach der Auffassung des Niederländischen Landarbeiterverbandes beträgt der Durchschnittslohn der Landarbeiter noch beträchtlich weniger als 20 Gulden pro Woche.



## Ende der Weltpreisbaisse?

---

SPD. An den meisten Warenmärkten haben während der letzten Wochen nicht unwesentliche Preisbefestigungen eingesetzt. Daraus will man den Schluss ziehen, dass der Tiefpunkt der Preise erreicht sei und die Preise jetzt wieder anziehen müssten. Diese Folgerung wird man nicht ohne weiteres als richtig hinnehmen können; denn die Rückschläge an den Märkten waren derart gross, dass Preisbefestigungen, wie wir sie in den letzten Wochen erlebt haben, markttechnisch geradezu notwendig sind. Solche Preisbefestigungen haben auch nach der schweren Krise vor drei Jahren eingesetzt. Nun liegen die Dinge heute insofern etwas anders, als sich zwischen 1926 und 1930 der Weltgeldmarkt entspannt hat. Ob sich das aber bereits in einer dauernden Belebung der Unternehmungslust und in einer Steigerung des Beschäftigungsgrades und der Preise ausprägt, muss abgewartet werden.

Das Ende der Weltpreisbaisse ist also immerhin zweifelhaft. Dafür spricht die Erholung der Getreidepreise. Die Preisentwicklung geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	<u>Mitte März</u>	<u>Anfang April</u>	<u>Mitte April</u>
Weizen Berlin pro Tonne in Mark	235-238	258-260	266-269
Roggen Berlin " " " "	142-147	154-156	166-169
Fütter- und Industrieroggen			
Berlin pro Tonne in Mark	140-150	157-166	175-187
Hafer Berlin pro Tonne in Mark	118-128	148-158	162-170
Weizen Manitoba unverzollt Hamburg pro Tonne in Mark	186,50	199,10	195,70

Man muss bei der Beurteilung dieser Statistik vor allem berücksichtigen, dass die Preissteigerungen bei Getreide durchaus auf politische Ursachen zurückzuführen sind. Auch hat die amerikanische Preisentwicklung mit der deutschen nicht gleichen Schritt gehalten. Das beweist am besten, wie künstlich die Getreidepreisbildung in Deutschland ist. Auch in Amerika liegt eine gleiche Einwirkung vor.

Gegen die Annahme, die Weltpreisbaisse habe ihr Ende erreicht, spricht der Absturz der Kupferpreise. Infolge steigender Vorräte und der nicht zurückzudrängenden Erzeugung sah sich das Internationale Kupferkartell gezwungen, die Kupfernotiz nicht unerheblich herunterzusetzen. Auch an den anderen Metallmärkten ist kaum eine Belebung zu konstatieren. Die Meldungen, dass man in der Zinnproduktion mit grösseren Einschränkungen zu rechnen habe, führten diesem Markt allerdings mehr Käufer zu. Auch beim Blei war die Lage etwas gebessert. Hier wirkt sich die im Frühjahr stärker werdende Bautätigkeit aus. Im übrigen wurde die Situation durch das Eingreifen grosser Erzeugergruppen beeinflusst.

Am unsichersten liegt Zink. Die Hoffnungen, dass es doch noch zur Bildung eines europäischen Zinkkartells kommen wird, haben sich nicht erfüllt und der Weg zu einer Verständigung scheint heute noch eben so schwierig zu sein wie früher. Das kann nicht überraschen, wenn man sich die Entwicklung während

der letzten 1½ Jahrzehnte vergegenwärtigt. Seit dem Beginn des Krieges ist die Zinkgewinnung von rund 1 Milliarde auf 1,4 Milliarden Tonnen gestiegen. Die Steigerung ist geringer als bei anderen Metallen. Aber es haben sich mit dieser Steigerung andere gewaltige Verschiebungen vollzogen. Europa, einst führend in der Zinkverhüttung, konnte seine Vorkriegserzeugung mit 0,7 Milliarden Tonnen eben erreichen. Die übrige Steigerung in der Zinkproduktion entfällt auf Nordamerika, dessen Zinkhütten, die führend in der Herstellung von Elektrozinke sind, immer stärker zum Export übergehen. Tatsächlich sind auch die Verhandlungen, die auf die Erreichung eines Kartells hinzielen, immer wieder an den amerikanischen Forderungen gescheitert. In der europäischen Zinkgewinnung hat sich das Bild derart geändert, dass die Produktion in Belgien und Grossbritannien, verglichen mit der Vorkriegszeit, gleichgeblieben ist. Für Frankreich ergibt sich eine scharfe Zunahme. In Deutschland ist die Produktion abgesunken. Dagegen ist Polen als neues Zinkerzeugungsland auf den Plan getreten. In der polnischen Zinkgewinnung ist überdies der amerikanische Einfluss beherrschend geworden und schon aus diesem Grunde ist es zweifelhaft, wie weit sich Polen an einem europäischen Zinkkartell beteiligen wird. In diesem Zusammenhang sind auch die deutschen Pläne, einen Zoll auf Rohzink einzuführen, von besonderer Bedeutung. Deutschland verarbeitet mehr Zink, als es produziert. Es ist also auf die Zinkeinfuhr angewiesen. Geht es zum Zinkzoll über, so wird es damit nur seinen bedenklichen Ruf als handelspolitischer Friedensstörer, den Deutschland seit den letzten Zollmassnahmen in der Welt leider genießt, stärken. Das liegt nicht im deutschen Interesse.

Auch die Märkte für Kolonialwaren zeugten nur geringe Anregung. Beim Zucke steht jetzt zwar fest, dass die gemeinsame kubanische Verkaufagentur fürs erste nicht aufgelöst wird. Einer Preisbefestigung wirkt die Unsicherheit der Zollverhältnisse in der nordamerikanischen Union und in Grossbritannien entgegen. Die englische Arbeiterregierung hat zwar das Versprechen, den Zuckertzoll aufzuheben, gemacht; konnte es aber bis jetzt nicht durchführen. Hinsichtlich der Zapfeinschränkungen bei Gummi, die auf eine Einschränkung der Gummiproduktion hinzielen, sind verschiedene Meldungen verbreitet worden. Ob man sich aber zu wirksamen Einschränkungen entschlossen hat, geht aus den Nachrichten nicht hervor. Ungünstig beeinflusst wird der Kautschukmarkt von der sinkenden Nachfrage der amerikanischen Fabrikation. Auf dem Kaffeemarkt werden die Preise nach wie vor künstlich gehalten.

Preisbefestigungen sind an den Spinnstoffmärkten festzustellen. Noch kurz vor der zweiten Londoner Wollversteigerung hatte man damit gerechnet, dass diese neue und zwar erhebliche Preisrückgänge bringen und dass nur ein ganz bescheidener Teil der unter den Hammer kommenden Wollmengen verkauft werden würde. Die Preisrückgänge haben sich aber in Grenzen gehalten und entsprechen nur denen, die sich seit der ersten Versteigerung auf dem freien Markt herausgebildet hatten. Für feine Merinowollen ergab sich zuletzt eine nicht unerhebliche Befestigung. Befestigt haben sich auch die Baumwollpreise. Die Entwicklung wird hier durch Nachrichten über Verspätung in der Feldbestellung unterstützt. Der entscheidende Faktor ist jedoch, dass Spinner, Weber und Grosshandel auf Grund des niedrigen Preisstandes der letzten Monate wieder ihre alte Unternehmungslust gefunden haben. Ein Steigen des Beschäftigungsgrades in den grossen Spinnwarenbezirken der Welt ist allerdings noch nicht festzustellen.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt das Aufkommen an Steuern und Zöllen für den Monat März 1930, den letzten Monat des Steuerjahres 1929/30, mit 499 Millionen Mark an. Damit sind im Verlauf des ganzen Steuerjahres 9026,3 Millionen Mark aufgekomen gegenüber einem Voranschlag von 9096 Millionen Mark. Im einzelnen ergibt sich folgende Entwicklung:

	Aufkommen im Steuerjahr 1929/30 (in Millionen Mark)	Voranschlag
Insgesamt	9 026,3	9 096
Davon sind		
<u>Besitz- und Verkehrssteuern</u>	6 125,7	6 167
Einkommensteuer:		
a) aus Lohnabzügen	1 396,1)	
b) Steuerabzug vom Kapitalertrag	188,6)	3 045
c) andere	1 441 )	
Körperschaftssteuer	553,5	560
Vermögenssteuer	542,1	527
Erbschaftssteuer	82,1	85
Umsatzsteuer	1 013,1	1.030
Kraftfahrzeugsteuer	209,4	208
Rennwett- und Lotteriesteuer		
a) Totalisatorsteuer	15,9)	
b) andere Rennwettsteuer	18 )	36
c) Lotteriesteuer	52,1	50
Beförderungssteuer		
a) Personenbeförderung	187	190
b) Güterbeförderung	176	187
<u>Zölle und Verbrauchsabgaben</u>	2 900	2 929
Zölle	1 092	1 111
Tabaksteuer		
a) Tabaksteuer (einschl. Aufschlag)	756,7)	
b) Materialsteuer (einschl. Ausgleichssteuer und Nachsteuer)	157,5)	915
c) Tabakersatzstoffabgabe	0,1)	
Zuckersteuer	159	160
Biersteuer	411	400
Aus dem Spiritusmonopol	271	295

Da das Aufkommen von 9 026 Millionen Mark voraussichtlich nur geringe Änderungen durch das erforderliche Zu- und Absetzen von Beträgen, die noch nicht haushaltmässig nachgewiesen werden konnten, erfahren wird, stellt es ungefähr das endgültige Aufkommen des ganzen Rechnungsjahres 1929 dar. Im ganzen ergibt sich, da der Haushaltansatz für 1929, wie er sich nach dem Nachtrags-etat darstellt, 9 096 Millionen Mark beträgt, noch eine Mindereinnahme von 69,7 Millionen Mark. Von dieser Mindereinnahme entfallen 41,2 Millionen Mark auf die Besitz- und Verkehrssteuern und 28,5 Millionen Mark auf die Zölle und Verbrauchsabgaben. Nennenswerte Mindereinnahmen haben ergeben die Einkommensteuer (-19,2), die Umsatzsteuer (-16,9), die Beförderungssteuer (-13,4), die Zölle (-15,8) und das Spiritusmonopol (-23,6); dagegen haben bemerkenswerte Mehreinnahmen nur die Vermögenssteuer (+15,1) und die Biersteuer (+11,8) gebracht. An der oben erwähnten Mindereinnahme von 69,7 Millionen Mark ist das Reich mit 10,2 Millionen Mark und die Invalidenversicherung mit 28,2 Millionen Mark beteiligt, ferner erhalten die Länder an Überweisungen gegenüber dem Voranschlag 0,7 Millionen Mark weniger.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 19. April 1930.

Der Tischgast.<sup>x</sup>

Von Roger Régis.

SPD. Frau Sauniel verliess den Salon. Sie warf die Tür ins Schloss. Paul und sein Freund Alfons sahen sich einigen Minuten stumm an. Paul hatte die verwirrte Miene eines Ehemannes aufgesetzt, der sich von einem Fremden mitten im ehelichen Streit überrascht sieht. Der Andere war tiefbetrübt. Er war Junggeselle, in bescheidener Stellung, und verbarg nur unter geschickten Manieren seine kärgliche Existenz. Nun hatte ihn der Zufall eben gerade auf der Strasse einem alten Regiments- und Kriegskameraden in die Arme geführt. Nach einem Plauderstündchen im Café hatte er sich bis nach dem Hause Sauniels mitschleifen lassen, in der sehnlichen Hoffnung, zum Essen eingeladen zu werden. Jetzt war nicht mehr damit zu rechnen! Er würde heute Abend wieder vor einem Wirtshaustisch unschmackhaftes Essen bestellen - und bezahlen müssen!

So machte er sich zum Abschied bereit. Da begann Paul zu erzählen. Er schien erfreut zu sein, plötzlich einen Vertrauten gefunden zu haben: "Da bist du heut' hineingefallen, alter Junge! Entschuldige uns! Yvonne hat einen so sonderbaren Charakter - ich weiss, sie sagt dasselbe von mir! Sie ist nicht schlecht. Sie liebt mich. Wir lieben uns nach fünfjähriger Ehe noch wie am ersten Tage. Und nach der glänzenden Stelle, die ich an der Börse habe, könnten wir das glücklichste Paar der Welt sein. Doch meine Frau macht aus der Mücke einen Elefanten; sie geht hoch wie kochende Milch. So gibt es endlose Szenen - und besonders in der letzten Zeit!"

"Wird deine Frau nicht mit den Jahren ruhiger werden?"

"Yvonne ist erst 26 Jahre alt, also noch recht jung! Und dann haben wir beide schon ein Mittel gefunden, diese unangenehmen Szenen sofort zu enden!"

"Ach!"

"Ja, es ist spassig! Das erste Mal gerieten wir beide einen Monat nach der Hochzeit aneinander. Den Grund kann ich dir nicht mehr nennen - so geringfügig war er! Wir werfen uns die schlimmsten Dinge an den Kopf. Fast hätten wir auch die Teller dazu verwendet; denn die Geschichte spielte sich in unserm Esszimmer ab, gerade bevor wir uns zu Tisch setzen wollten. Unsere Eltern, Geschwister, Freunde liessen uns in unsern Flitterwochen in Ruhe. Keiner war zu erarten. Ich weiss nicht, was geschehen wäre, wenn nicht doch plötzlich die Flurglocke geschellt hätte. Man meldete uns einen, den wir im Augenblick nun garnicht erwartet hatten!"

Es war ein alter Freund unsrer Eltern, ein armer Schlucker, über sechzig Jahre alt, Witwer. Man sah ihn selten. Er spielte nur eine Rolle als Überraschender Tischgast. Das ist gerade nicht eine sehr glänzende Rolle, aber unser Freund spielte sie mit staunenswerter Geschicklichkeit. Er verstand es, zur richtigen Stunde anzuklopfen, gerade wenn man sich zum Mittag- oder Abendessen setzte. Er machte ein zerknirschtes Gesicht, wie um sein Eindringen zu entschuldigen. Wenn er dann, die Serviette unterm Kinn sicher vor seinem Teller sass, verstand er auf seine Art, seine Gegenwart zu rechtfertigen. Liebenswürdig, geschickt, lebhaft wusste er in jedem Hause anzubringen, was sich gehörte. Dort erkundigte er sich nach der Gesundheit, bemitleidete, gab Rat-

schläge; hier war er lustig, geschwätzig, erzählte Witze, Geschichten, brachte zum Lachen. Man verwünschte ihn, wenn er auftauchte. Während der Mahlzeit fand man ihn reizend. Wenn er gegangen war, erklärte man: "Es hat sich doch gelohnt, ihn einzuladen!"

An jedem anderen Tage hätte ich unsern Besucher verflucht. Doch bei dem Streit - unserm ersten - erschien er mir wie ein Retter. Ich streckte ihm die Hand entgegen und sagte: "Sie kommen gerade recht. Wir wollen essen. Machen Sie uns das Vergnügen, ohne Förmlichkeiten mit uns zu speisen!"

Selbstverständlich nahm er an -, doch mit allen möglichen feinen Entschuldigungen und schmeichelhaften Vorstellungen unsrer ehelichen Gemeinschaft. Kaum sass er, da packte er seine Schätze aus und brachte uns zum Lachen. Meine Frau und ich vergassen unsern Streit. Als unser Gast sich verabschiedete, stand nicht die kleinste Wolke mehr an unserm Enehimmel.

Das gab uns zu denken! Und als einige Tage später zwischen Yvonne und mir ein neuer Streit losbrach, an dem ihr merkwürdiger Charakter schuld war - oder der meine -, rief, ich weiss nicht, wer von uns: "Nur Ruhe! Wir laden unsern Tischgast ein!" Und dann hatten wir Ruhe.

Von diesem Tage an stand es fest: Jedesmal, wenn uns spitze Worte auf der Zunge lagen, schickten wir rasch zu unserm Tischgast. Ach, mein guter Alfons, ich muss gestehen, seit fünf Jahren schulde ich ihm manchen Dank!"

"Und jetzt?" fragte der Freund. "Kommt er nicht mehr zum Essen?"

"Er ist gestorben."

"Das ist schlimm, sehr schlimm. Doch es wird spät. Verzeih..."

Alfons hatte sich erhoben. Auch Paul. Die Freunde drückten sich die Hand und verabredeten ein baldiges Wiedersehen. Dann verliess der Gast den Salon, da er sah, dass wirklich nichts zu machen war!"

Er konnte sich jedoch nicht entschliessen, sofort aufzubrechen. Auf dem Korridor liess er sich mit dem Ankleiden viel Zeit.

Plötzlich erschien Frau Yvonne auf der Schwelle. Als sie den Freund ihres Mannes erblickte, stürzte sie auf ihn zu: "Sie haben mit Paul gesprochen. Er hat Ihnen wohl viel Schlechtes von mir erzählt?"

Alfons wollte verneinen. Doch eine tückische Idee machte ihn geschickt. Er verneinte wohl, doch mit Anspielungen, Verstecktheiten, Seufzern, sodass die junge Frau ihn stehen liess und in den Salon stürzte, wo Paul noch immer weilte. Man hörte sie hinter der Wand beben: "Elender! Ich werde dich lehren, zu deinen Freunden schlecht von mir zu sprechen!"

Alfons zwinkerte mit den Augen und lächelte. Um Haltung zu bewahren, legte die Hand auf die Klinke der Ausgangstür und wartete. Er wartete nicht lange. Aus dem Türspalt streckte sich das blonde Köpfchen der jungen Hausfrau, und sie rief in liebenswürdigem Tone: "Ein Glück, dass Sie noch da sind, Herr Alfons! Machen Sie uns doch das Vergnügen, ohne Förmlichkeit mit uns zu speisen."

(Berechtigte Uebersetzung von Ursel Ellen  
Jacoby.)

---

### Die Entdeckung des Uranus.<sup>x</sup>

---

SFD. Durch die Entdeckung des neuen Planeten jenseits des Neptun, der den Namen Pluto erhalten soll, ist das Interesse an den Planetenentdeckungen wieder allgemein neu geweckt worden. Im Altertum und Mittelalter waren nur sechs Planeten bekannt: Merkur, Venus, Erde, Mars, Jupiter und Saturn, die alle mit blossem Auge sichtbar sind. Während die beiden letzten Planeten, Neptun und Pluto, regelrecht mit der Spitze der Feder, d. h. durch Berechnungen entdeckt



wurden, ihre Existenz den Astronomen also schon bekannt war, bevor Riesenfernrohr und photographische Platte das Dasein dieser fernen Geschwister der Erde verrieten, hat der Planet Uranus, der zwischen Saturn und Neptun um die Sonne kreist, eine andersartige interessante Entdeckungsgeschichte. Als gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Entdeckung eines neuen grossen Planeten, eben des Uranus, bekannt wurde, erregte diese Tat bei den Gelehrten jener Tage das grösste Staunen; wurden doch durch diese Entdeckung viele alte Vorstellungen und Anschauungen über den Haufen geworfen. Ueber die Auffindung des Uranus hat der Physiker Georg Christoph Lichtenberg damals den folgenden Bericht veröffentlicht, der deshalb besonders interessant ist, weil Lichtenberg als Zeitgenosse unter dem unmittelbaren Eindruck der damals aufsehenerregenden Entdeckung gestanden hat.

"Diese neue Entdeckung", so schreibt Lichtenberg, "unstreitig eine der grössten, die je in der Astronomie gemacht worden sind, hat am 13. März 1781 ein Deutscher, namens Friedrich Wilhelm Herschel, zu Bath in England gemacht. Das Hauptfach dieses Mannes ist eigentlich die Musik; er beschäftigt sich aber auch mit der Verfertigung von Spiegelteleskopen, und durch ein solches von mehr als zwei Meter hat er das Glück gehabt, diesen Stern zu erblicken. Die Stelle, wo Herschel diesen Stern zum erstenmal sah, ist in der Milchstrasse zwischen den Hörnern des Stiers und den Füßen der Zwillinge. Er erkannte ihn gleich daran, dass er durch sein Instrument merklich vergrössert erschien, während die Fixsterne durch die vollkommendsten Fernrohre aus bekannten Ursachen eher verkleinert als vergrössert erscheinen. Nach einigen Tagen bemerkte er auch eine eigene Bewegung an ihm, die anfangs nur dreiviertel Minuten täglich betrug, aber nachher bis auf dreieinhalb Minuten zunahm. Er erschien bei einer hundertmaligen Vergrösserung in einer runden und planetenähnlichen Gestalt, hatte keinen Schweif oder Nebel um sich, weshalb man ihn für einen Kometen hätte halten können. In Deutschland hat ihn zuerst Bode, und zwar am 18. Juli (1781), gesehen.

Aus weiteren Beobachtungen sieht man, dass dieser Planet ungefähr noch einmal so weit von der Sonne absteht als der Saturn, also sich gerade da befindet, wo nach einem gewissen Gesetz, welchem man in den verschiedenen Abständen der Planeten von der Sonne bemerkt hat, etwa ein neuer Planet hätte vermutet werden können. Man darf sich also wohl nicht mehr scheuen, diesen Himmelskörper für einen unserer Nebenplaneten zu erkennen. Nur ein Umstand verdient noch unsere Aufmerksamkeit. Warum, könnte man fragen, hat man ihn nicht eher bemerkt, da er einem Stern von der sechsten Grösse gleicht? Dieses Bedenken bekommt noch mehr Gewicht, wenn man erwägt, dass gerade der Tierkreis dasjenige Stück der Himmelskugel ist, um dessen Sterne sich die Astronomen von jeher vorzüglich bekümmert haben. Tobias Mayer allein hat ein Verzeichnis von 1000 Tierkreissternen verfertigt, in dem eine Menge von kleineren Sternen, als die der sechsten Grösse, stehen. Sollte er diesem unermüdlichen Beobachter entgangen sein?

Hierauf lässt sich antworten, dass sich diese Frage bei allen Entdeckungen anbringen lässt. Das Zodiakallicht ist von so vielen grossen Naturforschern übersehen worden. Warum haben die scharfsichtigen Alten die Sonnenflecke übersehen? Ferner ist es nichts Seltenes, dass die Astronomen Sterne von der sechsten und siebenten Grösse im Tierkreise ausser acht gelassen haben, wovon sich jeder überzeugen kann, der den Himmel mit den Sternkatalogen vergleichen will. Endlich könnte es sein, dass wirklich die Astronomen den Stern in ihre Verzeichnisse schon gesetzt hätten. So hat Bode keinen Stern an der Stelle finden können, wo Mayer seinen 964. hinsetzt; einen Stern sechster Grösse, den Tycho de Brahe an den Schwanz des Steinbocks setzt, hat schon Hevel nicht mehr finden können, und beide vertragen sich ziemlich mit der Voraussetzung, dass es der neue Planet gewesen sein könnte.

Dieser Planet steht also, da er neunzehnmal weiter von der Sonne fort ist als wir, gegen 400 000 000 Meilen (3 Milliarden Kilometer) von derselben

ab; der Durchmesser der Sonne erscheint auf ihm neunzehnmal kleiner als uns, und er empfängt von ihr ein 361 mal schwächeres Licht, welches aber doch noch immer so stark ist als das von 300 Vollmonden.

Bode schlägt vor, ihm den Namen Uranus zu geben. Nach den Fabeln der griechischen Dichter war Uranus bekanntlich ein uralter König und einer der ersten Erfinder der Sternkunde. Man hielt ihn auch für den Vater des Saturn, so wie diesen für den Vater des Jupiter." - -

Weitere Beobachtungen und Berechnungen haben dann ergeben, dass der Uranus seine Bahn in 84 Jahren und 5 Tagen durchläuft. Er wird von den vier Monden Ariel, Umbriel, Titania und Oberon begleitet, von denen die äusseren Herschel, die inneren Lassell im Jahre 1851 gefunden hat. An Durchmesser ist der Uranus der Erde um das Vierfache, an Masse um das Vierzehnfache überlegen. Dreitausend Millionen Kilometer ist der Uranus von der Sonne entfernt; das war also damals die Grenze unsres Sonnensystems. Durch die Entdeckung des transneptunischen Planeten hat sich die Ausdehnung des Sonnensystems ungefähr verdoppelt. Wird nun der neu entdeckte, ferne Bruder der Erde endgültig die Grenze des Sonnenreiches sein? Wer vermöchte es mit Bestimmtheit zu sagen! - -

Erich Krug.

---

### Der Paletot.

---

SPD. Selbst Weider müssen es zugeben: er hat Schick und Farbe, der Paletot. Er ist eleganteste Passform. Der menschliche Körper, der in ihn eingehüllt wird, gibt unbedingt etwas her, wird Erscheinung. Das ist viel wert in der heutigen Zeit, der Zeit der prunkvoll verschnörkelten Mietskasernenfassaden, der Lichtreklamen und der repräsentativen Geschäftsaufsichten. Man braucht keinen inneren Gehalt; man muss nur auffallen; dann ist man einen nicht anzu-zweifelnde Grösse der Gegenwart. Und der Paletot fällt auf. Der Besitzer weiss was er diesem Paletot schuldig ist. Darum kann keine Mutter einem Wickelkinde eine aufmerksamere Pflege angedeihen lassen, als er sie dem Paletot zu Teil werden lässt. Kommt der Paletot von einem Spaziergang zurück, so wird er fein säuberlich gereinigt. Jeder Knopf wird sorgfältig auf seine Festigkeit hin untersucht. Taschen und Futter werden ängstlich ob ihrer Unversehrtheit überprüft. Dann wird der Paletot in den Kleiderschrank gehängt, wo er weiterhin paradieren kann, als einzige Wichtigkeit unter lauter Lumpen.

Der junge Mann, der sich so zielbewusst mit dem Paletot schmückt, ist kein Hochstapler, auch kein Portokassenjüngling, der Bar- oder Strasseneckenbekanntschaften sucht, sondern ein einfacher Arbeitsloser. Einer von den Menschen, die ohne Bank-, Währungs- und Geschäftskennntnisse von allen Schwankungen des Wirtschaftslebens erfahren, weil ihnen immer wieder der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Als saft- und kraftloser Schulentlassener stand er während des Krieges hinter dem Ladentisch und verkaufte für seinen reich werdenden Herrn verbrannte Steckrüben als Kaffeersatz, bis der eingezogene Verkäufer des Geschäfts nach Friedensschluss zurückkam. Darauf setzte für den jetzigen Paletotbesitzer das Stellensuchen ein. Schliesslich zählte er zur Zeit der Inflation in einer Bank Papiergeld. Es kam die Stabilisierung, und der junge Mensch stand wieder auf der Strasse. Endlich vertraute ihm jemand Flugschriften an, die zum billigen Häuserbau einluden. Fleissig lief er treppauf, treppab, und die Hände waren gierig und die Augen freudig, wo er seine Schriften anbot. Es kam Geld zuhauf, und die Gesellschaft florierte, bis der Herr Direktor Sehnsucht nach dem Pariser Nachtleben bekam und verduftete. Der junge Mann erhielt sein letztes Monatsgehalt nicht ausbezahlt, dafür aber bei einem Massenansturm der Betrogenen regelrechte Keile.

Jetzt sucht er von neuem eine Stellung. Viele gute Ratschläge kennt er.

schon auswendig; "man muss sich konzentrieren"; "Nur als Spezialist kann man heute etwas werden"; "einzig der Willensmensch kommt vorwärts" usw. Ratschläge, die wohl Leute befolgen können, die auch überübermorgen noch etwas zu essen haben. Der junge Mann weiss: ein Tag hat 24 Stunden und drei Mahlzeiten. Wenn man dem Magen dreimal am Tage etwas anbietet, ist man zur höchsten Lebensentfaltung gekommen, ist dem Tage Genüge getan. Darum flammen in seinem Bewusstsein Freudenfeuer auf, wenn er von Aushilfestellen liest. Von einer Position träumt er nicht einmal mehr. Für ihn ist es schon ein wahres Glück, Aushilfe sein zu dürfen. In allen Privatkontoren von Chefs lagert moralische Luft. Deshalb gelten dort nur anständig gekleidete Leute etwas. Der Paletot hat seinem Besitzer bereits wirklichen Nutzen getan. Er ist die wehrhafte Umpfängerung menschlicher Zagheit. Mit dünnen Worten gesagt: dem Paletot haben sich schon Verdienstmöglichkeiten erschlossen, als das sind Adressenschreiben usw. Mit nervösem Fatalismus denkt der magere junge Mann an die Zukunft, wo der Paletot sein Ansehen verlieren wird. Von keinem Chef wird dann der angebotenen Arbeitskraft eine verständnisvolle Würdigung mehr zu Teil werden. Der Magen des jungen Mannes verlangt dreimal täglich Essen, und deshalb kann kein neuer Paletot beschafft werden.

Ja, was wird denn nun aus dem jungen Manne, wenn der Paletot abgeschabt ist?

Erna Büsing.

---

Man steigt nach...

---

SPD. Ich gehe auf der Strasse. Einige Schritte vor mir geht eine junge Dame.

Uns entgegen kommt im Schlendergange ein junger Mann. Den jungen Mann scheint die Dame sehr zu interessieren. Er guckt sie sehr ausführlich an. Und geht noch langsamer.

Die junge Dame geht an dem jungen Manne vorbei. Der bleibt nahezu stehen. Die junge Dame scheint ihn nicht zu bemerken. Wie sie ein Dutzend Schritte an ihm vorüber ist und ich mich umblicke, macht der junge Mann kehrt. Und steigt der Dame nach. Er holt merklich Gelände auf und passiert die Dame. Schaut sie dabei wieder sehr interessiert an. Ich fühle, wie er mit dem Entschlusse ringt, sie anzusprechen. Aber er hat wohl noch Bedenken oder findet nicht den Mut dazu; er geht an der Dame vorüber. Als er sie um ein gutes Stück überholt hat, bleibt er an einer Buchhandlung stehen. Simuliert Interesse für die Bücher. In Wahrheit schießt er dauernd auf die Dame, die sich ihm nun wieder nähert. Er lässt sich von ihr überholen und schiebt sich fünf Schritte hinter ihr wieder in den Strassenverkehr. Jetzt scheint es ihm ernst um das Ansprechen zu sein. Sein Antlitz spiegelt Entschlossenheit. Er schaut auf den Boden und sucht wohl nach geeigneten Anknüpfungspunkten. Nun greift er schon an die Krempe seines Hutes und wendet sich der Dame zu, - als er in seiner Unachtsamkeit gegenüber den andern Strassenereignissen mit einem Manne zusammenrempelt. Der poltert darob Schimpfworte heraus: "Sie --- haben wohl keine Augen im Kopfe -- Sie gucken wohl in'n Mond auf der Strasse....!"

Die Dame dreht sich ob dieses kleinen Ereignisses, das den jungen Mann in den Brennpunkt von einem Dutzend Augenpaaren stellt, leicht um und lächelt ein wenig. Der junge Mann bemerkt es - eilt schnell an der Dame vorbei und hat sich das Anbändeln nun wohl endgültig aus dem Kopfe geschlagen. Er fühlt sich blamiert.

Nach zehn Minuten ist alles vergessen. Der Verkehr flutet weiter. Der junge Mann geht allein. Die junge Dame geht allein. Der Grobian schreit irgend=

wo. Und irgend etwas, das möglicherweise ein Schicksal geworden wäre, bleibt ungeschehen....

JoP.

---

"Reich wie eine Kirchenmaus." X

---

SPD. Die kleinen Mäuse gelten bisher immer als ein sprichwörtlich gewordenes Symbol für Armut. Es gibt jedoch eine Stadt, in der sich die Bevölkerung wohl wünschen möchte, reich wie die Kirchenmäuse zu sein. Inmitten einer Oase der grossen indischen Wüste befindet sich die Hauptstadt Bikanir des gleichnamigen indobritischen Schutzstaates. Da steht seit über vier Jahrhunderten eine luxuriös eingerichtete Kirche, welche die Radschputen den kleinen, schlanken, spitzschnauzigen Nagetieren geweiht haben. Pilger wandern aus allen Ecken des Landes nach Bikanir, um vor der Gottheit der Mäuse ihre Gebete zu verrichten, und auch ihren Fremdenverkehr verdankt die Stadt lediglich dieser Kuriosität. Allerdings mussten sich die Europäer darauf beschränken, diese einzigartige Kirche von draussen zu besichtigen; bis vor kurzem entweichte noch kein Fuss eines "Ungläubigen" das Heiligtum.

Einem englischen Offizier ist es nun jüngst gelungen, in das Kircheninnere einzudringen, und er hat (leider recht laienhaft) das seltsame Schauspiel beschrieben, das sich ihm darbot. Tausende und abertausende von Mäusen aller Normen und Farben tanzen im grossen Tempelsaal ihren lustigen Reigen. In der Mitte ist eine übermenschengrosse Götzenstatue aufgestellt: eine riesige goldene Maus. Zu dieser Goldmaus beten die frommen Pilger; sie nähern sich ihr, auf dem Bauche kriechend, und haben ihre Liebe Mühe, keines der kleinen Tiere mit ihrem schweren Menschenkörper zu erdrücken. Dies gehört nämlich zu den Erzsünden, welche die Gottheit erbarmungslos bestraft. Für das leibliche Wohl der heiligen Mäuse von Bikanir sorgen natürlich Berufspriester. Der Mäusentempel ist nach Angaben des Engländers, dem angeblich auch ein Blick in die Schatzkammer geglückt ist, so reich an irdischen Schätzen, dass man mit den aufgestapelten Goldgegenständen und Edelsteinen so manchen europäischen Staat sanieren könnte. Jedenfalls sind die Mäuse von Bikanir die glücklichsten und reichsten unter der Sonne. Welcher Ueberlieferung diese eigenartige Religion ihre Entstehung und Existenz verdankt, wurde bislang nicht festgestellt.

---

SPD. Kinderarbeit in China.<sup>X</sup> Nichts weniger als ein Viertel der gesamten Arbeiterschaft Shanghais sind Kinder, die bei täglich 12 bis 14 Stunden angestrengtester Arbeit einen Monatslohn von 1 ½ Dollar verdienen. Der Rat von Shanghai hat in den Fabriken etwa 50 000 Knaben und 120 000 Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren ermittelt. Ausserdem sind noch etwa 20 000 Kinder in anderen Berufen erwerbstätig. In der Baumwoll-, Seiden- und Tabakverarbeitung überwiegen bereits die kindlichen Arbeiter die Zahl der erwachsenen.

---

SPD. Tanzen, dass die Lappen fliegen.<sup>X</sup> In Island gab es in alter Zeit einen seltsamen wilden Tanz, der "Tücherschleuderer" genannt, weil die Köpftücher der Frauen dabei herumflogen.

---

## Die Steuer auf Selbsthilfe.

---

"Die reaktionärste Regierung seit  
der Revolution."

Zentrumsman Schlack.

Das Brot, das Ihr Euch backt, haben sie verteuert,  
Den Laden, den Ihr Euch geschaffen, besteuert  
Aus Hass und Neid.  
Wofür Ihr Pfennig auf Pfennig zurückgelegt,  
Das haben sie höhrend in ihren Sack gefegt,  
Weil Ihr Arme seid.

Von Dir, Prolet, wird jeder Zoll erhoben,  
Auf Deine müden Schultern wird geschoben  
Eine jede Last.  
Deine Taschen werden bis zum Grund durchwühlt,  
Deine Kleider werden sorgsam abgeföhlt,  
Ob Du noch was hast.

Sie predigen: Hilf Dir selber, Gott hilft alsdann.  
Und stehen lauernd auf Dein Erspartes an  
Gegen Dich im Komplott.  
Woran Du gebaut hast, Tag für Tag,  
Nehmen sie gierig für sich in Beschlag,  
So hilf Dir Gott!

Sie mahnen, hübsch artig und ruhig zu sein:  
Wart nur ein Weilchen, gedulde Dich fein,  
So wirst Du erlöst.  
Und schafft Du geduldig, zertritt man es rauh,  
Wie seinen Stock in den Ameisenbau  
Der Bube stösst.

Sie heucheln, Dich hätten sie gar nicht gemeint.-  
Ameisen, hier steht der Feind! Der Feind,  
Der den Bau zerwühlt.  
Deckt Eure Burg, verstopft jeden Riss!  
Fliehend hat oftmals den Ameisenbiss  
Ein Bube geföhlt.

Jonathan.

---

SPD. Kürzer geht's nicht. Voltaire hatte mit Piron über die durchschnittliche Länge ihrer Korrespondenz gesprochen, und im Laufe des Gespräches hatten sie eine Wette darüber abgeschlossen, wer den kürzesten Brief schreiben könnte. Piron schrieb darauf einen Brief folgenden Inhaltes an Voltaire: "Eo rus". Das heisst: Ich gehe aufs Land.  
Voltaire antwortete umgehend: "i". Das heisst: Geh!  
Womit Voltaire die Wette ebenso glanzvoll wie überzeugend gewonne hatte.

---

## Nach der Osterreise.

---

### Ein Spiessergespräch.

SPD. "Na, Herr Wurm-, wie haben Sie denn das Osterfest verbracht--?"  
"Leidlich, Herr Möller, leidlich--. Wissen Sie, bei diesen Geschäften kann man sich ja keine grossen Sprünge erlauben--. Meinen Osterumsatz hätten Sie sehen sollen--! Einfach fürchterlich--. Und dabei ist Ostern doch ein so schönes christliches Fest - -! Aber die Leute haben eben keine Spur von Religion mehr im Leibe - -! Das ist es, Herr Möller, und wenn die verfluchten Marxisten im November 1918 nicht den Dolchstoss begangen hätten..."  
"Ja, Herr Wurm, da mögen Sie recht haben - -! Ich habe doch Kinderwäsche, sehen Sie mal und wenn wir den Krieg gewonnen hätten, dann wäre das ja auch bevölkerungspolitisch alles ganz anders gekommen - - .So ein gewonnener Krieg stärkt die Mannbarkeit--. Ein gesundes Volk braucht doch Kinder, nicht wahr - - und natürlich auch Kinderwäsche--. Da soll man sich doch nur den Benito Mussolini ansehen. - - Aber natürlich in dieser Republik, da laufen sie auch noch Sturm gegen den § 218 - -! Dies sittenlose Gesindel- -! Die ganze Abtreibungspropaganda ist in meinen Augen glatter Landesverrat- -! Wenn es nach den Herrschaften ginge, hätte ich längst pleite machen müssen - -." "Zucht und Ordnung fehlen eben, Herr Möller, hier steckt das Malheur- -. Und solange wir keine eiserne Hand haben, die das Schlamassel in Ordnung bringt, wird es niemals besser werden - -. Meinen Sie den Brüning- -?! Der- -?! Hat noch zu wenig Courage - -. Viel zu wenig Courage- -! Wissen Sie, überhaupt alles was vom Zentrum kommt - -." "Mit meinen Angestellten habe ich jetzt nette Sachen erlebt. - Da waren doch zwei so frech und wollten noch einen Tag Urlaub dazu haben- -. Als ob zwei Tage zum Osterfaulenzen nicht genug wären- -! Na, denen habe ich aber heimgeleuchtet- -! Sagen Sie mal, Herr Wurm, krieg' ich denn bezahlten Osterurlaub- -?! Hat mich Geld genug gekostet, der Osterschwindel- -. Meine Frau wollte ausgerechnet ins Riesengebirge- -, Ski laufen - -. Ich bitte Sie- , Ski laufen im April - -! So pervers ist sie- -! Man hat schon seine Last mit der lieben Familie- . Und wo waren Sie, Herr Wurm- -?" "Drei Tage in Paris- -. Skt. Moritz war mir für die kurze Zeit zu teuer- -. Bei den Geschäften, Herr Möller- -!" "Goldrichtig, was Sie da sagen, Herr Wurm - -. Wenn meine Bilanz vor Schwäche nicht bald umfällt- -. "Ha, ha, Herr Möller, - - ein guter Witz, das muss man sagen. Und recht haben Sie auch noch - -." "Meinen Sie, dass meine Kinderwäsche. . . ." "Na, auf Wiedersehen - - -."

Gracchus.

---

### Nachher!

Zwei Tage gingst Du wie im Licht  
Vergessen alle Sorgen,  
Vergessen Hunger, Leid und Pflicht  
Vergessen auch das Morgen - -!  
Du tratst hinaus-- , das Feld war grün  
Du hörtest Vögel singen,  
Du sahst die Wolken leise ziehen  
Und wie im Dunst verklingen! - -  
Zwei Tage sind wie Schattenspiel  
Um das die Winde jagen,  
Zwei Tage sind für den nicht viel,  
Der so ans Kreuz geschlagen!